

Volkstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint am jedem Wochentag abends. — Verantwortlich für Redakteur Wilhelm Lindau Magdeburg. — Druck und Verlag von B. H. Döring & Co. Magdeburg, Große Münzstraße 2. — Fernschrech-Anschluß für Redakteur Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1794 für den Verlag und die Druckerei Nr. 921. — Postleitzahl 2. — Dienstag, Seite 110. — Preis 10 Pfennig. — Vom 18. bis 31. Januar 1.00 Mark über 0.50 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10 gespaltene, 27 Millimeter breite Stomparellzeile östlich 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Fünfmarkzeilen und Seitenanzeige 12½ Dienstag, Vereinskalender 30 Dienstag, die dreigespaltene 30 Millimeter breite Reklamezeile östlich 100 Pfennig auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Döllmar durchschnittlich durch 420.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erledigt. — Für Platzaufträge keine Gewähr. — Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 22.

Magdeburg, Dienstag den 27. Januar 1925.

36. Jahrgang.

Braun über die Regierungsfürzer.

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hatte am Sonnabend eine Unterredung mit einem Vertreter der „Vorwärts“-Redaktion, in deren Verlauf er ausführte:

Die Presse der Rechten stellt es so dar, als ob wir, meine Ministerkollegen und ich, an unsern Amtern geflekt hätten, als ob man uns gleichsam mit Gewalt zum Rücktritt gezwungen hätte. Die volksparteiliche „Zeitung“ spricht in diesem Zusammenhang sogar von einem „unrechtmäßigen Ende“. Solche Urteile kann ich mir, wenn sie ehrlich gemeint sind, nur damit erklären, daß sich unsre Gegner, die ja Neulinge auf diesem Gebiete sind, in den Geist des parlamentarischen Systems noch nicht eingelebt haben. Wer in der politischen Entwicklung der letzten Zeit eine unähnliche Rolle gespielt hat, darüber sind bekanntlich die Meinungen zwischen der Volkspartei und den koalitionsfreuen Parteien sehr geteilt.

Was aber die Rolle der Regierung betrifft, so hätte ich es eher als unrechtmäßig empfunden, wenn sie davon gelaufen wäre, ohne eine Entscheidung der Volksvertretung angerufen zu haben.

Die Entscheidung ist nun gefallen, und wir haben daraus im Geiste des parlamentarischen Systems die Konsequenzen gezogen, obwohl wir verfassungsrechtlich dazu nicht gezwungen waren. Wenn eine Regierung nach mehr als drei-jähriger Tätigkeit durch eine Niederlage im Parlament zum Rücktritt veranlaßt wird, so kann ich das nicht so besonders unähnlich finden.

Das kann auch einer Rechtsregierung passieren, möglicherweise sogar noch viel früher!

Sie kann bestätigen, daß der Rücktritt des Kabinetts auf einen Freitag erfolgt ist, und daß es darüber überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten gegeben hat. Selbstverständlich hatte ich nicht allein zu entscheiden, daß die Sache der Fraktionen und des Kabinetts. Persönlich aber hatte ich schon längst den Standpunkt vertreten, daß ein Rücktritt der Regierung politisch notwendig sei, wenn sie im Landtag keine Mehrheit finde, ohne Rücksicht auf die einschränkenden Bestimmungen der Verfassung. Daß ich diesen Standpunkt vertrat, hätte die Rechtspresse bei ihren guten Beziehungen zur Volkspartei wohl auch erfahren können, wenn es ihr nicht so sehr darauf angekommen wäre, mich als einen Kleber hinzustellen.

Die zum Zweck aufgestellte Theorie, daß jede Regierung nach erfolgten Landtagswahlen ohne weiteres zurückzutreten habe, ist nicht nur von den bisherigen Regierungsparteien, sondern auch von maßgebenden Juristen als inhaltbar zurückgewiesen worden. Ihre Annahme durch die Staatsregierung hätte die Volkspartei freilich vor der peinlichen Lage bewahrt, einen

Kommunistischen Misstrauensantrag

annehmen zu müssen gegen eine Regierung, der sie selbst angehörte und für deren Tätigkeit sie an Lob nicht gespart hatte. Wir aber wollen keine Verdunklung, wir wünschen vielmehr, daß die politischen Gruppierungen, wie sie sich neu gebildet hatten, ganz klar dem Volke vor Augen geführt werden sollten. Diese Klarheit herbeigeführt zu haben, bedauern wir nicht!

Abgesehen davon wäre es eine Pflichtvergessenheit gegenüber dem Staat gewesen, wenn wir vorzeitig ohne Not unsere Posten verlassen hätten. Wir wußten, daß angesichts der Gruppierungen, wie sie augenblicklich bestehen, ein reibungsloser Übergang vom bisherigen Regierungssystem zu einem neuen nicht möglich war. Im Reichstag hat jüngst der Reichskanzler Dr. Rathenau gesagt, die Bildung der neuen Reichsregierung sei notwendig gewesen, um zu verhindern, daß sich aus der Regierungskrise eine Staatskrise entwickle. Von einer drohenden Staatskrise sprechen die Rechtsblätter jetzt auch in Preußen. Wir hätten es uns nicht verzeihen können, wenn wir durch einen voreiligen Rücktritt ohne Entscheidung des Landtags eine Staatskrise herbeigeführt hätten. Durch die Abstimmungen am 23. Januar sind nun vor aller Welt die Grenzen der Verantwortung festgestellt. Die Regierung hat ihre

Verantwortung getragen bis zum Ende, jetzt tragen diejenigen, die sie gestützt haben, die ihre. Ihre Aufgabe wäre es nun, an die Stelle des Alten, das nach der Meinung der Deutschen Nationalen und der Kommunisten schon immer schlecht war und das nach der Meinung der Volkspartei jetzt auf einmal schlecht geworden ist, etwas besseres Neues zu setzen. Ob ihnen das bis zum nächsten Freitag gelingt, ob es ihnen überhaupt gelingt, wollen wir in Ruhe abwarten. Jetzt scheint ihnen die unfern-

Rücktritt gar nicht mehr erwarten konnten, auf einmal die Entscheidung doch wieder zu früh gekommen zu sein. Sie hätten freilich die Verhandlungen über die kommende Regierungsbildung schon früher aufnehmen können, wenn es ihnen nicht darauf angekommen wäre, durch Schaffung einer Zwangslage und

Drohung mit einer Staatskrise den freien Willen der Parteien zu beugen. Im übrigen ist es nicht notwendig, nervös zu werden; das preußische Staatswesen ist nach 3 Jahren stetiger Führung hinreichend stabilisiert, um eine Regierungskrise auch mit Komplikationen ertragen zu können. Natürlich aber hat alles seine Grenze, und wenn nicht bald an der Spitze Ordnung geschaffen wird, sind Gefahren für das Ganze unausbleiblich.

Veruhigend ist mir bei alldem, daß sich nun alles Entscheidende vor der Öffentlichkeit abspielen wird. Wer richten soll, muß klar sehen. Richter aber ist das Volk, dem nach unserer republikanisch-demokratischen Verfassung die letzte Entscheidung zusteht. —

Die Wahl am Freitag.

Der neue Ministerpräsident für Preußen soll am nächsten Freitag vom Preußischen Landtag gewählt werden. Der Zusammentritt des Landtags sollte nach dem Willen des Präsidenten schon am Montag erfolgen, allem das Zentrum, das am kommenden Donnerstag eine Fraktionssitzung abhalten will, erklärte, es könne seine Abgeordneten nicht so rasch vollzählig versammeln.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die kommende Freitagsitzung zeigte sich, daß sich die Rechtsparteien in Verlegenheit befanden. Sie forderten, daß die nächste Landtagssitzung lediglich beschließen solle, wann die Wahl des Ministerpräsidenten stattfinden werde. Sie begründeten ihre Forderung damit, daß den Parteien für die Stellungnahme zur Ministerpräsidentenwahl eine gewisse Zeit zur Verfügung stehen müsse. Von sozialdemokratischer Seite wurde demgegenüber betont, man habe doch nach dem ganzen Auftreten der Rechtsposition bei der Abstimmung über die Misstrauensanträge gegen das Kabinett Braun annehmen müssen, daß die Rechtsparteien nur deswegen den sofortigen Sturz des Kabinetts Braun wollten, weil sie sich über den Erfolg dieses Kabinetts völlig klar waren.

Der Versuch der Rechtsparteien im Leistungsrat des Preußischen Landtags und noch einige andre Symptome zeigen, daß die „Sieger“ von gestern sich heute in Rücksicht befinden. Es ist den Herrschaften schon zum Bewußtsein gekommen, daß bei einer festen Haltung des preußischen Zentrums ihnen der Aufbau eines neuen Kabinetts doch beträchtlich mehr Schwierigkeiten machen dürfte als das Niedergehen des Kabinetts Braun. Niedergehen ist leichter als aufzubauen. Bleibt das preußische Zentrum bei seinem Wort, daß die Ausübung des sozialdemokratischen Einflusses in Preußen gegenüber dem deutsch-nationalen Innenminister im Reiche tatsächlich wirken müsse, dann ist nicht zu jehn, wie die Pläne der Rechtsparteien in Erfüllung gehen sollen. —

Zentrum gegen die Volkspartei.

Die „Rheinische Volkswoche“, das offizielle Zentrumssblatt, beschäftigt sich mit der nationalsozialistisch-bolschewistischen Einheitsfront im Preußischen Landtag. Die Politik der Deutschen Volkspartei bezeichnet das Blatt als ein widerliches Komödienpiel und sagt, eine unehrlichere Politik sei noch nie getrieben worden. Am Schluß der Betrachtung heißt es:

Die Zentrumswählerschaft wird sich nach unserer Ansicht dafür bedanken, im Hause Preußen von „staatspolitischen Erwägungen“ etwas zu hören. Sie wird vielmehr wünschen, daß endlich einmal die Krisenmacher in Deutschland durch geeignete Haltung des Zentrums demnach ein pfändlich abgestraft werden, daß ihnen die Lust an ihrem volleschädigenden Handwerk für die Zukunft vergeht. Wir zweifeln nicht daran, daß die Stimmen aus dem Lande der preußischen Zentrumspartie diesen Wunsch mit Nachdruck vortragen werden.

Überhaupt geht das Zentrumssblatt in scharfster Form gegen die Deutsche Volkspartei und deren Presse vor. Es spricht von bödenloser Unberücksichtigtheit und sagt u. a. wörtlich:

Man erjährt, wenn man daran denkt, daß das Zentrum jahrelang mit einer solchen Partei in einer Koalition gesessen hat, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß es, wie bekannt, auch jetzt im Reiche an einer Koalition besteht, in der die

Partei tonangebend ist, die auch in Preußen nunmehr ihr wahres Gesicht erfährend offenbart hat.

Auch das Vorgehen der drei Zentrumspolitiker, die sich bei der Abstimmung aus dem Saal entfernen, wird scharr verurteilt.

Die „Kölner Volkszeitung“ geht ebenfalls scharr gegen die Rechte vor und macht besonders auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die durch eine Abdrängung der Sozialdemokratie in Preußen in die Opposition dem Kabinett Luther im Reiche entstehen können. Das Blatt sagt unter anderm:

Man hat in Preußen aber eins nicht überlegt: Glauben die Krisenmacher, dem Kabinett und der Politik im Reiche einen Gefallen erwiesen zu haben, wenn sie auch in Preußen die Sozialdemokratie in die schärfste Opposition drängen? Die Rückwirkung auf das Reich und die Entstehung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion würde bei einer bürgerlichen Preußengouvernierung nicht lange auf sich warten lassen. Nach unserer Auffassung bedeutet das Vorgehen der Rechtsparteien in Preußen eine politische Schwäche und eine unbegreifbare Erhöhung der an sich schwierigen Position des Kabinetts Luther, aber es müßte gerade so liegen, daß die Deutschen Nationalen am Reiche weniger Interesse hätten als an Preußen und daß, wenn sie Preußen einmal besetzen, auf das Reich nicht mehr der Wert gelegt wird, den sie vorher daran zu besitzen vorgaben. Warten wir ab.

Zum Schluß sagt die „Kölner Volkszeitung“: „Uns scheint nur eine Tatsache festzustehen, daß wir in Preußen in einer Lage stehen, die nicht leichter ist als diejenige, die wir in den letzten Jahren in der Weimarer Republik erlebt haben. Die Sozialdemokratie darf den Deutschen Nationalen zu bedenken, die Partei machen, Regierungen stürzen, Koalitionen sprengen und dann meinen, die andern, die befreit worden sind, müßten mit fliegenden Fahnen zu ihnen übergehen. Die Deutsche Volkspartei ist in diesen Praktiken unübertrffen.“

Das Ministerium Braun.

Das jetzt zurückgetretene Ministerium Braun besteht in Preußen seit dem 5. November 1921. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten erhielt damals Otto Braun 197 Stimmen. Ein Teil der Volkspartei hatte weiße Stimmzettel abgegeben.

Dem Ministerium Braun war in dem im Februar 1921 gewählten Preußischen Landtag ein Ministerium Stegerwald vorausgegangen. Otto Braun war bereits seit dem 30. März 1920 nach dem Kapp-Putsch preußischer Ministerpräsident. Nach dem Ergebnis der Landtagswahlen vom Februar 1921 aber, die den Parteien der Weimarer Koalition nur noch eine knappe Mehrheit gaben (die Mandate der Unabhängigen kamen damals noch nicht dieser Koalition zugewiesen werden), erklärten Demokraten und Zentrum, eine neue Regierung nur mit Einigkugel der Volkspartei bilden zu können. Infolgedessen wurde der Zentrumspolitiker Stegerwald am 9. April mit 352 Stimmen gegen 36 Stimmen gewählt. Als es Stegerwald nicht gelang, sein Kabinett auf breiter Basis zu bilden, trat er zurück, er wurde am 21. April gegen die Stimmen der Sozialdemokratie wiedergewählt.

Sein Kabinett trat aber am 1. November 1921 zurück und ihm folgte dann das Ministerium Braun als Kabinett der Großen Koalition. Zu dieser Zusammenstellung mit den Ministern Seering (Kriegs), Siring (Handel), Dr. Wendt (Landwirtschaft), Ambehnhoff (Justiz), Hirsziger (Wirtschaft), v. Richter (Finanzen) und Boelis (Unterricht) blieb es bis zu den Wahlen am 7. Dezember zusammen.

Anges vor dem Zusammentritt des neu gewählten Landtags legten die beiden Volksparteilichen Minister ihre Amtserklärung ab. Ministerpräsident Braun übernahm provisorisch die frei gewordenen Ministerien für Finanzen und Unterricht.

Das Land Preußen hat also verhältnismäßig nur selten einen Regierungswechsel gehabt, im ganzen vier Ministerien: Ministerium Hirsziger, vom November 1918 bis Ende 1920, Braun März 1920 bis April 1921, Stegerwald April 1921 bis November 1921 und wieder Braun November 1921 bis 23. Januar 1925. Das jetzt zurückgetretene Ministerium Braun hatte also die längste Lebensdauer von 3 Jahren und knapp 3 Monaten. —

Stimmen des Auslandes.

Die Demission des preußischen Kabinetts wird in der Schweizer Presse als ein neuer Sieg der Reaktion vermerkt, die mit allen Mitteln ihr Ziel verfolge. Die Baseler National-Zeitung schreibt:

Der Vormarsch der deutschen Reaktion nimmt ein rasches Tempo an. Die preußische Regierung, die ohne Mehrheit nicht regieren konnte, ist zurückgetreten. Nun wird der Versuch gemacht werden, den größten Bundesstaat wieder seinen früheren Herrn, den konserватiven nationalsozialistischen Bürokraten, Agrarient und Industriellen, zu unterwerfen. Mit dem Sturz von Braun und Seering fallen die letzten stärkeren Stellungen, die die Republik seit dem Umsturz noch behauptet hat. Es wird mit immer scharferen Mitteln zur Unterdrückung der Republik und Toleranz gerechnet werden müssen, und der Gegensatz wird daher immer heftiger werden. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird das Jahr 1925 noch ein blutiger Kampftag für Deutschland bringen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ betont die entscheidende Stellung des Zentrums bei der preußischen Regierungsbildung und glaubt, daß das Zentrum Wert darauf legen wird, in Preußen das Gegengewicht einer Regierung der Mitte gegen die Rechtsregierung im Reich zu erhalten, anstatt alle Trümpfe aus der Hand zu legen und sich mit der Stille eines Willkürs zu begnügen. Das Blatt betont, daß der Kampf um Wahlen die höchste Aufmerksamkeit aller verdient, denen das Schicksal des neuen deutschen Staates nahegeht, da in Preußen, dem Vorrat der Republik, die Wahlen des ganzen Reiches mitschieden werden, dessen Konsolidierung heute die reaktionäre Offensive verhindern will.

Der Rücktritt des Ministeriums Braun hat in französischen linksgerechten Kreisen stark alarmierend gewirkt. Man weiß hier insbesondere dem zurückgetretenen Innensenator Severtin seine energische Bekämpfung der völkischen und kommunistischen Umtriebe nachzurühmen. Der Umstand, daß die Leitung der preußischen Polizei in nationalistische Hände übergehen könnte, wird als eine Gefährdung der Sicherheit Frankreichs betrachtet.

Der „Dudidien“ schreibt dazu: Jetzt scheine man vor der Möglichkeit eines von den Nationalisten beherrschten Ministeriums auch in Preußen zu stehen. Mit etwas parlamentarischer Geschicklichkeit sei es freilich möglich, die frühere Koalition wiederherzustellen, aber in den Reihen der linken Parteien sei leider keine Energie vorhanden. Insbesondere aber sei die Haltung des Zentrums, von dem die Entscheidung sowohl im Reich als auch im Preußischen Landtag abhänge, durch eine Energielosigkeit und Schwäche gekennzeichnet. Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum einer Rechtskoalition auch in Preußen beitreten werde, und dann werde die Republik in Deutschland wohl durch zahlreiche, aber verstreute und nicht organisierte Kräfte verteidigt werden. Alle Voraussetzungen für einen Staatsstreich werden dann gegeben sein. Eine Einigung der Hohenzollern ginge jedoch nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa an. Dessen müsse man sich in Berlin bewußt sein. Wenn auch über den französischen Standpunkt dort keine Zweifel beständen, so sei man in Deutschland über die Stellungnahme Englands wohl nicht ganz recht unterrichtet. Das Blatt richtet die Frage an England, ob es bereit sei, seinen Standpunkt in der Frage näher zu präzisieren. —

Die Luther-„Mehrheit“.

Der Reichstag zählt 493 Abgeordnete. Zur Bildung einer absoluten Mehrheit sind also 247 Abgeordnete notwendig. Die Luther-Regierung hat nur 246 Stimmen für ein Billigungsvotum zusammengebracht und selbst diese Zahl verdankt sie nur der Tatsache, daß die Abgeordneten der Sozialpartei fast reißlos zur Stelle waren, während auf der Linken eine Anzahl gefehlt hat.

Es fehlten vom Zentrum: Dr. Beusch, Diez (Baden), der Freund Erzbergers, Gerig, Giesberts, Groß, Höfle, Hofmann (Ludwigshafen), Schlag, Donner, Frau Teutsch und Tremmel;

vom demokratischen: Morell, Lenauer, Schäding, Schuldt (Siegels), Wieland;

vom Deutschnationalen: Voßle, Goesch;

von der Volkspartei: Dr. Japs;

von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Sievers;

von den Nationalsozialisten: Ludendorff, von Hamm, Schröder (Mecklenburg);

von den Kommunisten: Dengel, Münzenberg, Stemmele, Schlagewert, Urbahn, Zettin;

von den Sozialdemokraten: Frau Arning (Magdeburg), Eggerstedt, Levi, Züter, Schirmer (Dresden), Schmidt (Weißen), Frau Stegemann.

Vom Zentrum stimmten offen gegen Luther die Abgeordneten Birth und Voos, ein Teil der als fehlend gemeldeten hatten den Saal verlassen und drei: Adam Röder, Knoll und Koch haben blaue (Stimmenthaltung) Zettel.

Die „Mehrheit“ des Kabinetts Luther ist also eine mehr als problematische. Das parlamentarische Bild im Reichstag würde sich ohnedies mit einem Schlag verändern, wenn die Stärke nicht mit der Unterstützung der 45 kommunistischen Abgeordneten reden könnte. —

Noch ein „Ebert“-Prozeß.

Vor dem unangenehmen Warten beginnt ein Bekleidungsprojekt, das rein politischer Natur ist und durch die Ziele, die die Befragten dabei im Auge haben, das Ausmaß der britischen Lederflucht bestimmen wird. Es handelt sich um eine Klage des sozialdemokratischen Abgeordneten Erhard Auer gegen Albert Winter, Richard Kümpfer und Carl Zeissmeier. Die beiden erwähnten Befragten fürchten und berichten lange Zeit vor der Reichstagssitzung im Mai 1924, bei der Auer für den Katholiken Oberbürgermeister Spiegelkampf war, eine diagonalisierte „Der Fall Auer“, die den Saal besetzte, der Allgemeinheit ein Bild zu geben von dem Raum und von der Sache. Sie hante die Künftige sozialdemokratische Parteigründung in Süden hin, von dem Raum, der sie gegen den Reichenbauer der Künftigen Parteigründung an die Spitze setzt. Der eigentlichen Bericht enthält die Schuldigkeit der Künftigen ehrenwürdigsten Befragten gegen Auer, unter anderem: er habe sich durch ein eigenes System von Lügen, Rütteln und Brüderlichkeit seine Position in der Partei geschaffen, habe die Arbeitserfolge bringt in Reichstagssitzung 1918 und vor allem im November 1918, wo er sich zur Unterstützung der Revolution mit den Konservativen beschäftigt habe, er habe Groß-Auto zum Tod an Eisener gebrochen, habe sich während des Krieges in Sachsen-Anhalt verschoben usw.

Die Kavaree gegen Auer zählen in der Künftigen Parteigründung zu wesentlichen Punkten und es bleibt eben, bis der Künftige Abgeordnete Werner Eberle in seinem Prozeß

Parteiblatt schon im Jahre 1920 gemacht hatte und die durch die damals durchgeföhrte Klage „in ihrer Gesamtheit sich als völlig unbegründet entwiesen haben“. So heißt es in der damaligen Urteilsbegründung, die vom gleichen Gericht und demselben Vorsitzenden (Kraut) ausgestellt wurde, welche auch den diesmaligen Prozeß führt.

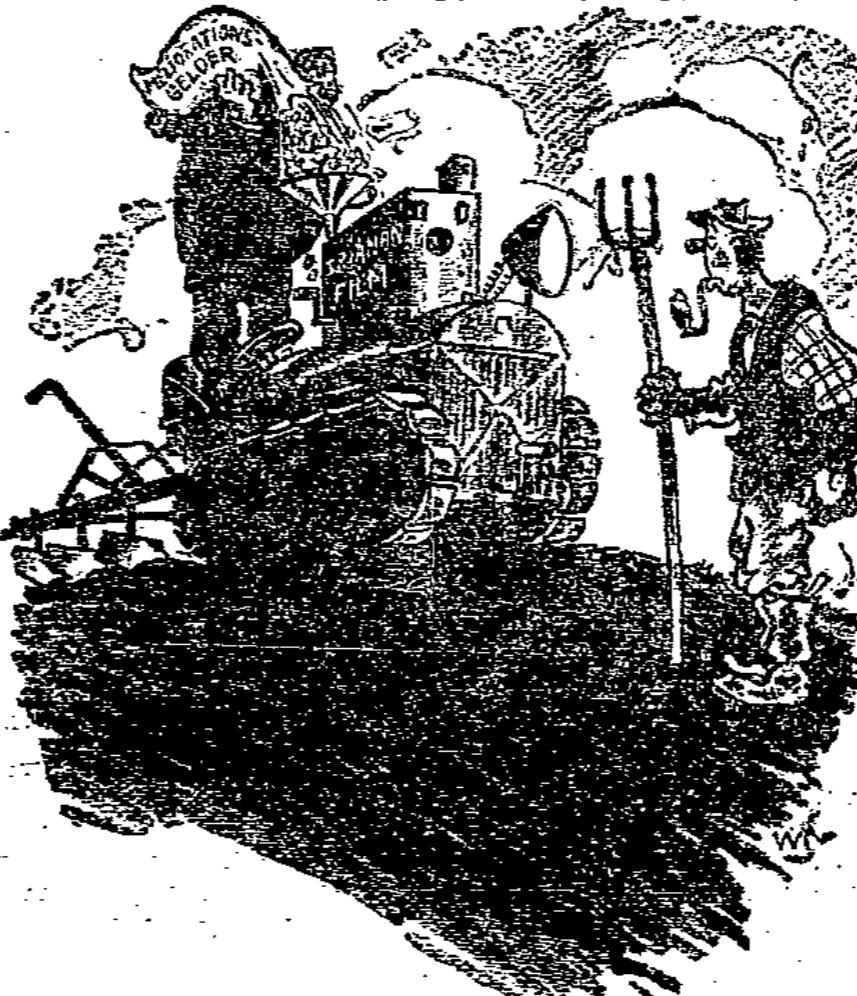
Die politische Note drückt die Befragten dem Prozeß damit auf, daß sie auf den Munitionsarbeiterstreik 1918 das größte Gewicht legen. Die Minierarbeit der Reaktion, die im Magdeburger Prozeß aufgedeckt wurde, soll im Prozeß Auer fortgesetzt werden. Bezeichnend ist, daß Winter und Kämpfer wirtschaftsberein und der Sozialdemokratischen Partei über den wirtschaftsberein und der Sozialdemokratischen Partei über den Munitionsarbeiterstreik in München einfordern. Daß der Kampf Winters und seiner Hintermänner nicht in erster Linie der Person Auers, sondern vor allem der Sozialdemokratischen Partei gilt, erhellt aus einem Briefe, den die Befragten an eine Stelle in Berlin, die mit der Sozialdemokratischen Partei nichts zu tun hat, vor kurzem geschrieben haben. Eine Stelle in diesem Brief lautet:

Wir betrachten unser Angriff auf Auer nicht als eine persönliche Auseinandersetzung, als Parteienter, die in keiner Weise für die politische Linie der Partei bestimmend seien. Das ergibt sich aus der Formulierung unserer Angriffe, durch die wir den Fall Auer zu einer öffentlichen Angelegenheit machen. Die ganze Angelegenheit befindet sich im Stadium der Entwicklung; denn mit dem kommenden Prozeß ist sie leineswegs erledigt. Sie wird einen Anstich bekommen in wie der Ebert-Prozeß, nur daß der Fall Auer als kahlerischer Fall Ebert einen kriminellen Einschlag hat, der eher zu füllen ist.

Aus dem hier genannten Ziel ist ohne weiteres der Zusammenhang Winters mit jenen politischen Gegnern zu erkennen, die in den letzten Monaten den erbärmlichen verleumderischen Feldzug gegen die Sozialdemokratie infizierten und führten. —

Wunder der (Schieber-) Technik.

Die Bilder, die der Colonon Filmgesellschaft als Stills zu gestalten haben, entstammen noch Zeitungen, denen der für die Bodenverbesserung (Akkumulation) bereitgestellten Reichstagsabgeordneten.



Bauer: „Naum — das ist wohl der Barmat-Standal?“
Stimme aus dem Kurvellosen: „Ne, Bauer, das ist ganz was anderes!“

Heute gegen das Reichsbanner.

Durch die gesamte Reichspresse ist in den letzten Tagen eine groß ausgemalte Meldung von Zusammensetzen zwischen Reichsbanner und Reichswehr in Königsberg am 18. Januar gegangen. Kameraden des Reichsbanners sollen anmarschierte Reichswehr mit Pfeilen empfangen haben. Daranfür hätte sich eine Rauerei entzündet, bei der das Reichsbanner den Fußtritt gezogen habe. Der Gau Ostpreußen gibt jetzt folgende den Tatsachen entsprechende Meldung:

Den heiteren verlaufenen „Berichten“ ist folgendes entgegenzuhalten: Ein kleiner Trupp Reichsbannerleute — etwa 60 bis 70 Mann — kamen an dem fraglichen Tage nach planmäßiger Auflösung des Reichsbannerzugs vom Paradeplatz über den Schloßplatz mit eingerollten Fahnen, ihre Führer waren. Dort wurden sie in rotem Seite von Angehörigen reichswehrlicher Verbände angemeldet. Die Reichsbannerführer ordneten, um eine Schlägerei zu verhindern, den Abmarsch nach dem Schlossberg an. In diesem Augenblick zog die Reaktionsspitze der republikanischen Reichswehr auf, von Stahlhelm und Schwarz mit Hurra begrüßt. Gegen dieses Hurra hatte das republikanische Reichsbanner nichts einzumenden. „Wer spricht“ wurde aus der Reihe der Reichsbanner ein weiteres Mal auf Kaiser Wilhelm (in Polen) ausgebracht, und auf dieses Hoch anzuwirken die Republikaner mit Pfeilen. Die für anstechende Schlägerei, die von Reichsbannerseite möglich nicht gefürchtet wurde, hat dann trotz der zahllosen Überlegenheit der Reaktionsspitze durchaus für die Gegenpartei viel geredet, wie die betroffenen Verbände zu bezeugen wissen werden. Das in der Tat bestand, die unerwartete Verdrängung dieses Reichsbanners in ein erneuter Beweis für die Stärke der Partei, mit der das Reichsbanner in der Feindseligkeit herauffeiert werden soll.

Die Heute gegen das Reichsbanner ist seit einigen Tagen öffentlich verhängt worden; dem Reichsbannerstag am 22. Februar glaubt man auf diese Weise Abbruch tun zu können.

Wie steht das Reichsbanner bei den reaktionären Parteien verhältnis? zeigt das Beispiel von Thüringen. Am 1. März sollen dort Gemeindewahlen stattfinden. Auf Verlangen der Reichsparteien sollen die Wahlen am 22. Februar vorverlegt werden — lediglich, um den Gau Thüringen zu hindern, in der geplanten Stärke nach Magdeburg zu fahren. Aber auch das wird ein Schlag ins Wasser. Das Verhandlungen des thüringischen Reichs hat, wie uns vom Magdeburger Gauvorstand mitgeteilt wird, ein ungewöhnliches Ausmaß der Waffungen zur Folge gehabt.

Drei Außenseiter.

Die drei Zentrumsleute des Preußischen Landtags die bei der Abstimmung über die Misstrauensanträge gegen die sozialdemokratischen Ministererrat an ihrer Fraktion und an der Koalitionsplattform begangen haben, sind der rheinische Landrat Loenatz-Wilkburg (Eifel), der von jeher mit den Deutschen nationalen sympathisierte, Gutsbesitzer Roeingh aus den Münsterland und der Gutsbesitzer von Papen, der viel genannte Hauptaktionär des Zentralorgans des Zentrums, der „Germania“, deren Richtung er schon mehrfach mit allerlei Mitteln nach rechts zu drehen suchte. Alle drei berufen sich bei ihrer Haltung darauf, daß die Stimmung der landwirtschaftlichen Bevölkerung sie dazu zwinge. Dabei haben die wirklichen Landwirte mit der Fraktion gegen die Misstrauensanträge gestimmt. Mit den Außenseitern von Papen und Roeingh wird sich Ende der Woche eine westfälische Vertrauensmänner-Konferenz des Zentrums beschäftigen.

Der von Papen ist nach der „Bohemischen Zeitung“ übrigens identisch mit jenem Militärratfach von Papen, der durch seine, ohne Kenntnis des deutschen Botschafters Graf Bernstorff veranstaltete Kriegspropaganda die Stimmung in den Vereinigten Staaten derart verschlechtert hat, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg nur noch eine Frage der Zeit blieb. —

Kutisker und das Militär.

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags zur Nachprüfung der von der Sechzehn an Barmat und Barmat gewählten Kredite trat am Sonnabend zu seinem ersten Sitzung zusammen.

Ministerialrat von Schenck vom preußischen Finanzministerium gab einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der zur Erörterung stehenden Kreditgeschäfte. Das Geschäft mit Barmat sei ein Geschäft mit der Steinbank gewesen. Es habe sich herausgestellt, daß infolge pflichtwidriger Arbeitseinsatz einiger Beamten die vorgeschriebene Effektiv- und Wechselseitigkeit auch nicht ausreichend vorhanden war. Am Ende Barmat habe die Staatsbank rund 14 Millionen Mark Kredite gegeben. Schon von August 1924 ab sei die Staatsbank bestrebt gewesen, das Kreditgeschäft mit Barmat abzubrechen.

Ein Vertreter des Ministeriums erklärt, daß die Geschäftsverbindung mit dem Bankhaus von Stein im Oktober 1923 angeknüpft worden sei. Kutisker habe Zustütze eines früheren Bank, mit der er in Verbindung stand, sowie militärischer Stellen,

vorgelegt. Sie befanden sich aber nicht unter dem Alten, da Kutisker sie später wieder zu sich genommen habe. Im Dezember 1923 sei die Zustütze gänzlich genehmigt. Die Geschäfte beschränkten sich zunächst im Oktober und November auf barmstättige Geschäfte durch Vermittlung der Staatsbank. Gegen Ende 1923 habe das Vorabendgeschäft begonnen. Auf eine weitere Anfrage, um welche militärischen Stellen es sich bei der Vermittlungsgeschäft mit Kutisker handle, erläutert der Regierungsbetreter, daß hier ausschließlich militärische Stellen im Osten in Frage kommen, mit denen Kutisker damals zu tun gehabt hat.

Abg. Kuttner (Soz.) fragt, ob beim Geschäft mit Kutisker politische Momente mitgespielt haben. Ein Regierungsbetreter erklärt: Nein, Kutisker hat sich auch nicht auf politische Beziehungen berufen.

Der Vorsitzende Dr. Leidig fordert Erklärung darüber, ob die Überübermittlung der von Kutisker gegebenen Befehle eine Verschulden der maßgebenden Beamten darstelle. Dazu bemerkt Staatsbankpräsident Schröder, daß Kutisker-Geschäfte hätten nach ihrer Bedeutung ähnlich der Generaldirektion verlegt werden müssen, was aber nicht geschehen sei. Niederschafft hätte so nicht gearbeitet werden dürfen, wie es geschehen sei. Der Hauptfehler liegt in der

unzureichenden Prüfung

des wirtschaftlichen Zweckes der Kredite.

Abg. Dr. Kaufhold (Dt.-nati.): Handelt es sich bei der Steinbank um die altebekannte Firma Stein in Breslau, die als Bankhaus der sächsischen Geistlichkeit und Landwirtschaft gilt? Präsident Schröder bejaht das. Finanzrat Preußfeld erklärt, Kutisker habe die Steinbank im Dezember 1920 erworben.

Abg. Scherling (Btr.): Dann bezog sich also der Befehl in der Zustütze über die Verbindung mit Kutisker auf die altrenommierte Steinbank, nicht auf das von Kutisker erworbenen neue Unternehmen? Präsident Schröder: An der Zahlungsfähigkeit der Steinbank wurde auch zur Zeit der Ausfussteilung nicht gezweifelt.

Abg. Kuttner: Unsre Untersuchung soll sich vor allem darauf erstrecken, ob bei der Gewährung der hohen Kredite ein Kutisker

politische Momente mitgewirkt

haben. Ich frage hiermit die Vertreter der Staatsbank offiziell, ob irgend jemand von ihnen jemals zu Ehren gekommen, daß Kutisker, um seine Kredite zu bekommen, sich auf politische Verbindungen berufen hat oder daß eine politische, außerhalb des Geschäftsebens stehende Persönlichkeit sich bei der Staatsbank für diese Kredite verwendet hat oder ob ihnen irgendein anderes ähnliches Moment bekannt geworden ist.

Präsident Schröder: Ich gebe die Antwort auf beiden mit einem runden Nein. In der ganzen Zeit, wo wir mit der Gewährung der an Kutisker gegebenen Kredite beschäftigt waren, haben wir täglich über den Fall gesprochen, aber niemals wurde mit einem Wort erwähnt, daß die Veranlassung für die Kreditaufnahme die Empfehlung durch irgendeine politische Persönlichkeit gewesen wäre.

Abg. Dr. Kaufhold (Dt.-nati.): Ob Kutisker mit einem Empfehlungsschreiben kam oder ob Kühne einen Empfehlungsbefehl bekommen hat, das können nur die beiden selbst beantworten.

Auf eine Anfrage des Abg. Kremmer (Dr. Bp.) erklärt der Bremersonnemann, daß politische Momente für den Betrieb mit Kutisker nicht maßgebend gewesen sind. Und (den Kommissar) sei auch nicht bekannt, daß solche politischen Momente von andern Seiten in das Geschäft mit Kutisker hineingetragen worden sind.

Der Vorsitzende erklärt, Kutisker habe sich nach den bisherigen Feststellungen mit dem betreffenden Sachbearbeiter der Staatsbank in Verbindung gesetzt; irgendwelche weiteren Beziehungen seien nicht festgestellt worden.

Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses findet am Dienstag den 27. Januar, vor mittags 11 Uhr, statt. —

Der Hamburger Putsch vor Gericht.

Der 3. Tag des Hochverratsprozesses brachte die Vernehmung der angeklagten Bürgerschaftsmitglieder Levy, Eiser und Kübler. Kübler über seine Kinder-, Banden- und Kriegserlebnisse. Kübler zweifelnder Redebeweis gibt er zu den Verhöldungen selbst an, er habe nur nichts gewußt und sei erst bei seinen Verhören näheres zu erfahren, auf die kämpfenden gestoßen. Da habe er den Tod ausgesetzt und sei mitgegangen. Später habe er wieder aufgezogen und sei für ihn, als er in den Zeitungen von den Kämpfen las, selbstverständlich gewesen, daß die kommunistische Partei ja etwas nicht erreicht haben könnte.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 26. Januar 1925.

Republikaner, rüstet zum Reichsbannertag!

In Magdeburgs Mauern werden am 22. Februar, anlässlich des 10jährigen Bestehens der republikanischen Schutzorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, zum Bundesitag des Reichsbanners Zehntausende republikanischer Männer und Jungmänner zusammenkommen. Schon die bisherigen Meldungen aus den Gauen Deutschlands lassen auf eine starke Beteiligung der Reichsbannermannschaften schließen. Die republikaner Magdeburgs werden daher aufgefordert, die Feierlichkeit bei der Unterbringung der Massen kräftig zu unterstützen.

Private Quartiere

Kennen angemeldet werden in den Büros der Deutschen Demokratischen Partei,

Breiter Weg 139/140, im Hause des „Café Hohenzollern“, Telefon 8095, der

Sozialdemokratischen Partei,
Große Münzstraße 3, 2 Dr., im Hause der „Volksstimme“, Telefon 1209 und des

Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold,
Weinfäßstraße 9, Hof 1 Dr., Telefon 8734.

Aus dem Gau Magdeburg-Inhalt wird eine Riesenbeteiligung der Ortsgruppen des Reichsbanners erwartet. Auf der Kreisleiterkonferenz des Gaues am Sonnabend und jetzt schon mehr Sonderzüge aus diesem Gau angekündigt worden, als der Stahlhelm überhaupt aus dem ganzen Reiche zu seinem Bundesitag nach Magdeburg geleitet hat.

Die Einwohner der Stadt Magdeburg werden also am 22. Februar einen Massenaufmarsch erleben, wie er noch nicht dagewesen ist.

Das Programm des Reichsbannertages

sieht folgende Veranstaltungen vor:

Festzug der Magdeburger Kameradschaften am Freitag den 20. Februar, abends 8 Uhr, mit symbolischer Demonstration für den deutschen Einheitsstaat auf dem Domplatz.

Begrüßungsfeiern am Sonnabend den 21. Februar, abends 7 Uhr, in sämtlichen großen Lokalen Magdeburgs.

Massenaufmarsch der Republikaner am Sonntag, den 22. Februar, und zwar

1. Feierstätte im Stadttheater mit geladenen Gästen um 10 Uhr vormittags.

2. Festversammlungen um 10½ Uhr in sämtlichen großen Sälen Magdeburgs, in denen Mitglieder des Reichsausschusses zu den Republikanern sprechen werden.

3. Einmarsch zum Aufmarsch auf dem Domplatz um 11 Uhr vormittags.

4. Republikanische Kundgebung auf dem Domplatz um 12 Uhr mittags.

5. Festezug durch die Straßen Magdeburgs um 12½ Uhr.

6. Gesellige Veranstaltungen in den Standquartieren von 4 Uhr nachmittags an.

Die Ausführung der Stadt
zu diesem großen Fest des Reichsbanners muss von allen Republikanern aufs nachdrücklichste gefordert werden. Ein besonderes Bureau hat die Arbeiten dafür in die Hand genommen. Tannenbünn, Girlanden, Papier- und Stoffbahnen in den republikanischen Farben werden von der

Einkaufszentrale des Reichsbanners, Jakobstraße 49, I, Telefon 3604, beschafft werden. Bestellungen werden dort schon jetzt entgegengenommen.

Alle Republikaner und Republikanerinnen müssen mit allem Eifer für diese große republikanische Veranstaltung in Magdeburg eintreten.

Müsset alle zum Tag der Hunderttausend!

Kleines Feuilleton.**Verdi und sein Requiem.**

Wenn man hört, daß ein so ausgesprochener Musikkritiker, ganz noch ein typischer Vertreter des italienischen Opernstaats wie Giuseppe Verdi, Kirchenmusik geschrieben habe, kann man sich meines gewissen Vorurteils gegen diese kirchlichen Werke nicht entziehen. Hat man doch sogar Wagner's Messen allzu leichtlich, allzu theatralisch gefunden, von Cherubini und Rossini, dem Schöpfer eines berühmten „Stabat Mater“, gar nicht erst zu reden.

Über glücklicherweise ist ja die verallgemeinernde Gleichung: italienische Oper = Pose + Kitsch bereits stark im Schwinden. Es ist noch sehr die Frage, welcher von beiden der ehrlichere war, Wagner oder Verdi. Als Mensch unbedingt der italienische Kaiser, trotzdem er nicht so viel Reklame für sich machte wie der gerissene deutsche Zeugenjose — oder vielleicht gerade deswegen. Man wird sich, wenn man Franz Werfels östlichen Verdi-Roman liest, immer wieder davon überzeugen.

Das Menschenbild ist zum Verständnis des künstlerischen Werthaus nicht gleichgültig, wenigstens nicht bei den Künstlern der alten Zeit. Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob ein Meister in Welt schafft, weil er Geld verdienen oder seine persönliche Eitelkeit betriedigen möchte, oder aber: ob er aus einer innerlich-festlichen Notlösung, unter dem Zwange des Täufers in seiner Kunst, etwas herbringt. In Verdis Schaffen geht es jahrelange hauen: er raderte nicht ungeduldig drauflos, sondern er wartete auf die Eingabeung, auf den wahhaft fruchtbaren Augenblick. Bezeichnend dafür ist seine Abteilung, eine Nationalliteratur zu schaffen; es fehlt ihm dafür die Begeisterung, erzähle er, und ohne die gerade so etwas zu schaffen, sei unecht. Wagner hat auch ohne Begeisterung, dafür aber mit einem feinen Sinn für die Konjunktur, 1871 den „Kaisermarsch“ geschrieben.

Die Begeisterung, die innerliche Rötigung, war bei ihm erreichbare Voraussetzung für seine wenigen künstlerischen Werke. Was in jüngeren Jahren verloren, hat er mit bewundernswertem Selbstkritik vernichtet. 1863, als Rossini starb, drängte es ihn, den bewunderten Meister eine Totenmesse zu schreiben. Sie ist nicht zurückgekommen. 1873 aber, beim Tode seines Lieblingschülers Alessandro Manzoni, schrieb der Sechzigjährige zwischen der „Aida“ und dem „Otello“ sein „Requiem“. Er und Form hat er als strenger Stoffkönig von der Kirche übernommen, seine Totenmesse unterschreibt sich äußerlich kaum von der des Cherubini oder Verdis. Er hätte nicht einmal gewagt, was

Vorträge über bildende Kunst.

Es handelt sich bei der Folge von drei Vorträgen, die Dr. Hermann Hieber an den nächsten drei Mittwochabenden, jeweils um 8 Uhr beginnend, in der Aula der Augustaschule halten wird, nicht um die übliche Einführung in die Kunstgeschichte, wie sie in allen Hochschulen bisher unternommen worden ist — von den akademischen und populären Vorträgen gar nicht erst zu reden —, sondern es soll der Versuch gemacht werden, bildende Kunst in ganz neuem Lichte zu zeigen.

Der Titel dieser Vortragsfolge, „Kunst als Kollektivarbeit“, weist auf diese grundsätzlich neue Anschauung hin. Die bisher übliche Betrachtungsweise geht von einem aristokratischen Begriff aus: sie stellt Kunst als eine Angelegenheit dar, die auf den ausführenden Künstler und seinen Auftraggeber beschränkt ist. Das Publikum, daß Volk als solches hat damit wenig oder gar nichts zu schaffen. Eine vorurteilslose historische Behandlung erweist aber, daß durchaus nicht immer und überall diese „Spurenkultur“, das Kunstschaufen als Zugprodukt üblich gewesen ist, daß diese Entwürdigung der Kunst vielmehr erst in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich war.

Denn individualistischen Kunstbetrieb für die Privatwünsche und Privatbedürfnisse des reichen Mannes steht in den Zeiten höchster künstlerischer Blüte der Kollektivarbeitrich der Kunst gegenüber, der die sozialen Bedürfnisse der Mongol, der Nation, der Kultusgemeinde, zu befriedigen bestrebt ist. Diese Epochen der wahrhaft schöpferischen, wahrhaft großen und umfassenden Kunst — der Kunst als einer Gemeinschaftsangelegenheit — sollen ausdrückt gezogen und in ihrer Besonderheit der bisher allein bekannten und geschilderten individualistischen, der sogenannten „klassischen Kunst“ gegenübergestellt werden.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Alte Neustadt. Dienstag den 27. Januar, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung bei Winter. Ref.: Stadtb. Assel.

Bezirk Wilhelmstadt. Mittwoch den 28. Januar, abends 8 Uhr. Bezirksversammlung bei Schulz Fräulein. Ref.: Stadtb. Vic. r.

Bezirk Buckau. Am Donnerstag den 29. Januar Frauenversammlung bei Peter Weißtrappe. Ref.: Genoss Müller.

Bezirk Neue Neustadt. Donnerstag den 29. Januar, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im „Wintergarten“. Ref.: Stadtb. Kaulfers.

Arbeiterwohlfahrt, Frauenverbandsschule und Elternbeiräte der Liste Reform und Schulschriftstelle. Donnerstag den 29. Januar, abends 12½ Uhr, Sitzung bei Holtz, Fischerkrugstraße. Erscheinen aller in Frage kommenden ist erforderlich.

Bezirk Magdeburg Nord. Freitag den 30. Januar, abends 7½ Uhr. Bezirksversammlung bei Holtz. Ref.: Stadtb. Steink.

Die Erfolge des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Die Ortsgruppe Magdeburg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten ist im Geschäftsjahr 1924 auf allen Gebieten ihrer arbeitsreichen Tätigkeit erfolgreich gewesen. Die Arbeiten in der Geschäftsstelle haben sich von Monat zu Monat vermehrt, was beweist, daß der Kampf um die Versorgung und Fürsorge der Kriegsopfer immer schwieriger und härter wird, je weiter wir uns vom Weltkrieg entfernen.

Weit über laufende Anträge auf Rentenerhöhung, Hinterbliebenenrente, Zusatzrenten, Beaurichter, Ausgleichszulage, Kapitalabfindungen, Heilbehandlungen, Unterstützungen, Darlehen usw. wurden durch die Geschäftsstelle bearbeitet. In den meisten Fällen wurden diese Anträge zugunsten der Kriegsopfer erledigt. In etwa 300 Fällen mußte in Versorgungsstücken Berufung, in 51 Fällen Refus beim Reichsversorgungsgericht eingeleitet werden. Eine die Hälfte der Berufungen und Refus wurde mit Erfolg durchgeführt. Außerdem wurde eine große Anzahl Klagen beim Gewerbe-, Kaufmanns-, Amts- und Michelsträgergericht eingereicht und vertraten und in fast allen Fällen mit Erfolg durchgeführt. Daneben wurden etwa 100 Wohnungsgesangshäfen bearbeitet.

Die Zahl der Mitglieder, die Zustufi sucht in der Versorgung, Fürsorge und Reichsversicherung, im Wohnungs- und

Steuerwesen, im Arbeitsrecht und auf andern Gebieten, wächst von Tag zu Tag. Es ist vorgeschlagen, daß an einzelnen Tagen über 80 Personen die Geschäftsstelle in Anspruch genommen haben. Zur stärkeren Belastung der Geschäftsstelle haben auch vor allen Dingen im letzten halben Jahre die verschiedenen Verbündungen über die Abfindung der Versorgungseinheiten beigetragen. Die Funktionäre des Reichsbundes haben sich unermüdlich für die Organisation und das Wohl ihrer Kameraden eingesetzt.

Während des Geschäftsjahrs 1924 wurde die Siedlungsgesellschaft des Reichsbundes Ortsgruppe Magdeburg, gegründet, die sofort eine umfangreiche Tätigkeit entfaltete und die Vorarbeiten für die Errichtung der ersten Eigenheim erledigt hat. Die Siedlungstätigkeit der Kriegsbeschädigten ist immer noch schwierig, weil nur spärliche Mittel durch Kapitalabfindung flüssig gemacht werden können.

In den Bezirken Wilhelmstadt, Leuna, Rosenthal und Bernau fanden Wahlen statt, die sofort eine Versammlung der Kriegsbeschädigten und Kinder der Kriegsbeschädigten statt. Über 500 Kinder wurden beschenkt. Die Feiern selbst nahmen in allen Bezirken einen würdigen Verlauf. Die im 3. August im „Hoffjäger“ veranstaltete Gefallenenehrung wurde zu einer mächtigen Demonstration gegen den Krieg und für Völkerfrieden und Weltverständigung.

Auch das neue Geschäftsjahr wird voraussehe Aufforderungen an den Reichsbund stellen. Der Kampf um ausreichende Versorgung und Fürsorge wird mit aller Energie durchgeführt werden müssen. Das kann nur dann mit Erfolg geschehen, wenn der Organisation die Mitarbeit aller Funktionäre und Mitglieder im weitesten Sinne gelehrt bleibt. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Mitglieds, taatig mitzuarbeiten, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Generalversammlung der Ortsgruppe des Reichsbundes findet morgen Dienstag abends 12 Uhr in den Apollo-Sälen statt.

Mehr Gesundheitspflege!

Wie ist es möglich, daß jährlich Tausende und Tausende von Kindern ihr Augenlicht verlieren? Nur deshalb, weil die Eltern nicht zugeben, daß ihnen nach der Geburt ein Treppen Höhlestein-Lähmung in die Augen geträufelt wird, womit die so überaus gefährliche eitrige Blindenentzündung der Neugeborenen nur Sicherheit vermieden werden kann. Wie ist es möglich, daß Tausende und Tausende jährlich an Gehirnerweiterung erkranken und sterben? Doch nur, weil sie nicht wissen, daß man die Syphilis, die Ursache dieser Erkrankung, auch wenn sie ancheinend keine weiteren Symptome mehr zeigt, dennoch dauernd behalten muss.

Was müssen uns all die großen Entdeckungen und Fortschritte, wenn ihre Kenntnis nicht in das Volk dringen und vom einzelnen nicht beachtet werden. Auch der Großvater, der sich seit so viel zugute tut auf seine Wissenschaft, kost auf seine Gesundheit los. Unbedarft führt er seinem Körper ungemeine Mengen an Schädigungen zu, unbedarflich öffnet er seine gefundenen Knochen, um auf die Elektrizität aufspringend, wenige Minuten zu gewinnen. Und doch wünscht man sich gegenseitig Gesundheit zum Geburtstag, als ob sie eine Ware wäre, die man kaufen könnte.

Gesundheit will erworben sein. Der amerikanische Automobilfabrikant Ford hat geschildert, welche Unsumme von Intelligenz er aufwendet, um den Arbeitsprozeß um Bruchteile von Minuten abzufüllen, aber das höchste Gut, das der Mensch besitzt, seine Gesundheit, wird verschleudert. Was bedeutet das in wirtschaftlicher Beziehung! Jährlich sterben in Deutschland über 100 000 Menschen an Tuberkulose, und zwar im besten Lebensalter. Berechnet wir einmal, welchen Auffall an Volksvermögen dies bedeutet. Etwa 20 Jahre hat es bedürftet, um diese Menschen zu erwerbstüchtigen Mitgliedern der Volksgemeinschaft zu machen. Dies soll jährlich nur 500 Mark gekostet haben. Es hat also 10 000 Mark gekostet, um den Betreffenden bis ins erwerbstüchtige Alter zu bringen; jetzt sollte er der Gemeinschaft nützlich werden. Da erliegt er der Tuberkulose. Also ein Kapital von einer Milliarde Mark war allein bei den jährlich 100 000 Todesfällen an Tuberkulose nutzlos verloren. Hinzu kommen, in wirtschaftlich genommen, die ungeheure Kosten und wirtschaftlichen Verlust durch Arbeitslosigkeit, die die Krankheit verursacht hätte. Wenn auch selbstverständlich nicht alle diese Verstorbenen durch bessere hygienische Kenntnisse und Maßnahmen gerettet werden könnten, so wäre es doch sicher ein großer Prozentsatz gewesen.

Der Staat kann nicht überall Vorsorge treffen. Er kann die Säuglingspflege durchführen, er kann aber z. B. nicht befehlen, daß jeder eine Zahnbürste gebraucht. Da bedarf es der langjährigen Durchbildung des einzelnen, daß er begreift, daß gesunde Zähne für eine gelegentliche Verdauung und damit für den gesunden Körper von Wichtigkeit sind. Nur ein vor Widerständen nicht zurückstehender, konzentrierender Körper befriedigt unter Ansprüchen und erfüllt die Seele mit

Forderungen ihrer Zeit ein fürzende Königreich reichen wollte und dann, im unvergessenen Hochgefühl ihres angekündigten Gottesgnadentums, in Paris lebte — das Modell von Alphons X. und dem „Könige im Exil“ — und sich bis zum letzten Atemzug weigerte, das Königreich Italien anzuerkennen. Die Folge davon wird sein, daß ihr Sohn, in Rom begraben zu werden, auf erste diplomatische Schweißtaten stößt. Man bedenke! Der Sohn dieser Königin Neopols und beider Sizilien schafft mit dem stolzen Titel „Herr von Calabrien“ viel mehr Respekt als er nicht — in Lindau. Der verstreute Kaiser Karl von Österreich war im Leben nur „König von Jerusalem“.

Weil wir doch gerade bei Siegfried und den deutschen Heldern sind: die letzte „Siegfried“-Aufführung im Stadttheater hat zu sehr ernsthaften Größenangst Anlaß gegeben. Da wird vorausgesetzt, daß die Aufführung ihre neuen Dekorationenentwürfe der Artillerie sämtlicher Hauptblätter Mitteldeutschlands vorher untersieht, mithin der Spielleiter unter Kuratel gesellt werden soll. Was noch knüpfiger ist: die jüdischen Werkstätten hätten eigentlich die Ausführung eines neuen Szenenentwurfs verweigern sollen. Also Aufforderung zum Streite — wo? In der „Tribune“ etwa? Nicht doch, im Leibnitz der Deutschen Volkspartei. Nehm, wie doch die Eltern verhindern! Doch möchte wohl stehen, was derzelbe Triebkunstiger sagt, wenn ein Siegzeug dem lädierten Triebkunstiger zusteht: lohnt euch die Wagner-Schänderei nicht mehr gehalten, sondern verweigert die Ausführung!! Nebenwegen scheint derzelbe Triebkunst mit den Schellen des Opernvertrags nicht zufrieden zu sein, denn er schreibt: „Maria Halzapei war ein preiswerter Waldvogel“. Es ist immer was Schönes um soziales Empfinden.

Wer behauptet, daß Richard Wagner als Sprachdichter nicht Jahrzehnte nach seinem Tode noch lebendig fortwirkt? In der „Tagezeitung“ bat jemand die „Logie der partiturreellen Wiedergabe“ beobachtet. Der König Titus aus dem Partusal ist eine Partitur losgelassen, erzeugt das schöne Wort „Partiturall“, abgekürzt „Partiturell“. Das ist doch ganz logisch. „Das moderne Chaiselongue“ ebenso ebensolches in die Umgebung.“ Um so besser steht das Chaiselongue nach Magdeburg, wo man mit der Anfangsszene der französischen Sprache zuweilen auf gespanntem Auge steht. Leiderantwort mögliche Umstände? Sagen wir doch fröhlich: „das Chaiselong“ (Heimatsprache, Heimatland, o wie innig, q wie treu).

Der Schutz der Heimat gilt ein ehrlicher Kampf, der um den „Kampf der Siedlungsgruppe“ in Dornach bei

Kleine Chronik.

Eine Kriegerwitwe ermordet. Sonnabend morgen wurde in dem Hause Elisabethstraße 64 in Berlin die 47 Jahre alte Kriegerwitwe Johanna Smuda geborene Paul in ihrer im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung ermordet und beraubt aufgefunden. Frau Smuda hatte eine Zweizimmerwohnung inne. Von der sie ein Zimmer an einen Unterwerker abgegeben hatte. Dieser hatte Freitag seine Witwe nicht gesehen und wollte Sonnabend morgen nach der Ursache ihres Ausbleibens forschen. Als er mit einer Taschenlampe die dunkle Wohnung absuchte, fand er an der Schwelle der Tür zum Wohnzimmer der Frau Smuda ein blutbeflecktes Weil, während die Eingangstür abgeschlossen war. Auf seine Anzeige auf dem zuständigen Polizeirevier begaben sich sofort mehrere Beamte nach der Elisabethstraße und drangen nun gewaltsam in das Zimmer ein. Hier bot sich ihnen ein schrecklicher Anblick. Zwischen Bett und Fenster lag Frau Smuda mit zertrümmertem Schädel, das Gesicht in einer großen Blutlache, auf dem Boden. Die Ermittlungen ergaben, daß der Mord bereits am Donnerstag verübt worden ist. Haushbewohner hörten an diesem Tag in den Abendstunden, daß Frau Smuda nach ihrer Wohnung von einem Ausgang zurückgekehrt war. Gleich vernahmen sie laute Schimpfwörter und ein hin-und-her-Laufen in der Wohnung, das plötzlich abrach. Die Bewohner des Hauses kümmerten sich weiter nicht darum, da es in der Wohnung der Frau Smuda oft sehr laut zog und wiederholte Schlägereien mit ihrem Geliebten, der mit in ihrem Zimmer wohnte, vorfanden. Dieser vorläufig noch unbekannte Mann kommt auch nur als Täter in Frage. Er kannte genau die Geprlogenheiten der Frau Smuda und war auch mit ihr mehrmals in den Lokalen des Scheunenviertels gesessen worden. Sein Name ist nicht bekannt, auch hatte Frau Smuda in ihrer Umgebung niemals über ihr Verhältnis gesprochen. Dieser Mann muß in der Wohnung der Frau Smuda bereits bei ihrer Rückkehr anwesend gewesen sein und sogleich das schwere Verbrechen verübt haben. In der Küche und in der Stube der Ermordeten wurden verschiedene wichtige Spuren gefunden. Sie bestätigten die Vermutung, daß der Mörder die Frau Smuda schon mit dem Weil in der Hand empfangen hat. Nach dem ersten Schlag muß die Frau nach diesen Spuren durch die Verbindungstür nach der Stube und hier um den Tisch herum nach dem Fenster gelaufen sein. Sie hat es wohl öffnen und um Hilfe rufen wollen. Darauf hinderte sie aber der Mörder, indem er weiter zuschlug und ihr auch noch das zusammengedrehte Handtuch um den Hals schlang und auzog.

Mord an einem Dienstmädchen. Das 18 Jahre alte Dienstmädchen Elisabeth Stengerli, das bei einem Kaufmann in der Elbinger Straße 34 in Berlin angestellt war, wurde am Sonntag morgen in einem Gebäude am Arnswalder Platz ermordet aufgefunden. Die Ermittlungen der Mordkommission ergeben, daß das Mädchen einem Mord zum Opfer gefallen ist. Die weitere Untersuchung hat das Ergebnis gehabt, daß Bezeug eine ziemlich genaue Beschreibung des mutmaßlichen Täters geben können. Sonntag früh 1/2 Uhr sah ein Feuerwehrmann von der Zugwache 20, der den südlichen Teil des Arnswalder Platzes, in dessen unmittelbarer Nähe sich ein Polizeirevier befindet, überschritt, in einem Gestrauch Kleidungsstücke liegen. Er ging näher und machte die durchbare Entdeckung, daß dort ein junges Mädchen ermordet war. Auf das Gerücht vor dem Mord hin hatte sich eine große Menschenmenge gesammelt, so daß der Platz polizeilich in weitem Umkreise gesperrt werden mußte. Der Täter wird als ein 20 bis 25 Jahre alter, glattrasierter Mann geschildert, der ein langes blaßes Gesicht und gepflegte Hände hat und mit einem schwarzen Rockpaletot mit Samtkragen bekleidet war. Er hatte das Mädchen am Bahnhof Nordring kennengelernt. Es befand sich in Begleitung einer Freundin, die sich kurz nach der neuen Bekanntschaft entfernte. Der Mann, der vermutlich irgendein kleiner Angestellter ist, begleitete das Mädchen die Schönhauser Allee entlang, um es nach Hause zu bringen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist er am Arnswalder Platz über das Mädchen hergefallen und hat es vergewaltigt. Das Mädchen hat sich gewehrt, und der Täter muß es in einem Raubzustand erwützt haben. Tiefe Nagelpuren zeugen von der Gewalt seines Griffes. Dem Mädchen waren die Kleider vom Leibe gerissen. Der Mord hat sich nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen wahrscheinlich zwischen 3 und 4 Uhr, möglichst aber auch später ereignet. Der Ermordete, die in früher Jugend ihre Mutter verloren hat und im Katholischen Waisenhaus erzogen wurde, wird von allen Seiten ein besonders gutes Zeugnis ausgestellt.

Umfangreiche Wehlschüttungen. Bei der städtischen Lagerhausgesellschaft in Stuttgart, deren Aktien zum größten Teil im Besitz der Stadt Stuttgart sind, ist man großen Unterschleifen auf die Spur gekommen. In dem Lagerhaus war das Recht für die bissige Bevölkerung untergebracht und wurde von dort aus an die Bäder während der Kriegszeit und Nachkriegszeit weitergegeben. Verschiedene Angestellte haben sich dadurch eine Nebeneinkommen verschafft, daß sie die Bäder mit Untergewicht belieferten und das auf diese Weise zurückschaltete Mehl an Bäder und Gastwirte weiterverkauften. Dieses Geschäft sollen die Beteiligten 3 Jahre betrieben haben. Angeblich sind bis jetzt 14 Personen verhaftet worden. In der Angelegenheit wurde bei der Vernehmung der Angeklagten auch der Direktor belastet, doch sollen ihm Verfehlungen nicht nachgewiesen sein. —

Die Kirche von Wassen. In der Chemiker "Allgemeinen Zeitung" erzählt eine Leserin folgendes ergötzliche Reiseerlebnis aus der Schweiz: „Ob die Bahn den St.-Gotthard-Tunnel passiert macht sie eine Schleifensfahrt, so daß man das Dorf Wassen dreimal zu Gesicht bekommt. Es hat eine schöne, auf einem hohen Fels gebaute Kirche. Als wir diese das erste Mal sahen, fragt ein Münchener: „Was ist das für eine Kirche?“ Ein mitfahrenscher Schweizer antwortet korrekt: „Das ist die Kirche von Wassen.“ Wir passieren das zweite Mal Wassen, unser Münchener fragt wiederum: „Und was ist denn das für eine Kirche?“ Der Schweizer entgegnet prompt: „Das ist die Kirche von Wassen.“ Der Münchener, der sich diese Antwort nicht recht erklären kann, bedankt sich und verzählt in tiefdrücklichen Begrüßungen. Zuletzt machen wir die dritte Rundfahrt und sehen von einer beträchtlichen Höhe die Kirche von Wassen nochmals. Mein Reisegefährte wundert sich über die zahlreichen Kirchen und fragt abermals: „Was ist das für eine Kirche?“ Der Schweizer Herr antwortet etwas bestüstig: „Das ist die Kirche von Wassen.“ Nun aber ist mein Münchener beleidigt; er meint, er werde zum Narren gehalten, und stellt sich in Postur und schreit wutentbrannt: „Mein Name ist Franz Steinheuer, von mir aus kann's nicht viel!“ Die anwesenden Passagiere brüllen förmlich vor Lachen, nur unser Münchener und der Schweizer nicht. Ersterer hat dann lächelnd die Bedeutung durch eine Flasche Wein gefühlt.“ —

Eine glückliche Ehe. Der Gastwirt Hermann Rade in Leipzig-Sellerhausen wurde in seiner Wirtschaft von vier Männern überfallen. Sie schlugen ihn nieder und raubten 2400 Mark, die er bei sich trug. Rade gibt an, mehrmals laut um Hilfe geschrien zu haben. Da seine Frau, die sich während der Tat in der Küche aufhielt, in keiner Weise reagierte, nimmt Rade an, daß sie mit den Räubern gemeinsame Sache gemacht habe.

Die Kartenslegerin bringt es an den Tag. Eine überraschende Aufklärung hat ein schweres Verbrechen gefunden, das im Oktober auf dem Rittergut Ferdinandshof bei Eberswalde verübt worden ist. Der Gutsbesitzer Heymann wurde hier zur Nachtzeit von einem Unbekannten erschossen, seine Leiche wurde in die Scheune geschleppt. Diese wurde angezündet und brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Ermittlungen haben nun dazu geführt, daß die Ehefrau des Ermordeten und der auf dem Gut beschäftigte Inspektor Marquardt unter Mordverdacht gestellt worden sind. Der Gutsbesitzer Heymann war in der

Nacht durch Gérard auf dem Hof und durch Lautes Anschlagen seines Hundes aus dem Schlafe gestört worden. Er begab sich nach den Angaben seiner Frau nach dem Hof, um hier nach der Ursache des Geräusches zu forschen. Raum hatte Heymann den Hof betreten, als plötzlich zwei Schüsse fielen. Frau Heymann eilte ihrem Manne nach, konnte aber nirgends eine Spur von ihm finden. Kurze Zeit darauf schlugen helle Flammen aus einer mit Getreide vollgefüllten Scheune empor. Als die Feuerwehr auf der Brandstelle eintraf, war die Scheune bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Unter den Trümmern fand man die Knochenreste des ermordeten Gutsbesitzers. Diese Angaben der Frau Heymann wurden zum Teil vom Inspektor Marquardt bestätigt. Der Verdacht der Täterschaft wurde von diesen beiden auf überraschende Einbrecher gelenkt, die Heymann hinterlüftet erschossen und dann verbrannt hätten. Da Heymann auch kurze Zeit vorher mehrere Personen wegen Einbruchsverdachts zur Anzeige gebracht hatte, so wurden auch nach dieser Richtung hin eingehende Ermittlungen von der Polizei angestellt, die jedoch erfolglos verblieben. Unterdessen hatte Marquardt auch den Kutscher des Heymann wegen Mordverdachts verhaftet lassen und machte gegen diesen sehr belastende Angaben. In diesen Tagen wurde in Eberswalde eine Kartenslegerin ermittelt, bei der Frau Heymann sich wenige Tage vor dem Verbrechen hatte die Karten legen lassen. Diese Frau erzählte der Frau Heymann, daß sie in kurzer Zeit ihren Gatten verlieren werde. Hierüber war die Gutsbesitzerin sehr erfreut und fragte die Kartenslegerin, ob sie den bevorstehenden Tod nicht noch beschleunigen könne. Diese Angaben wurden der Staatsanwaltschaft bekannt, und diese stellte fest, daß Frau Heymann der Kartenslegerin in dieser Woche einen größeren Geldbetrag gab, damit sie über die damaligen Vorwürfe nichts sprechen sollte. Daraufhin wurden Frau Heymann und der Inspektor verhaftet. Bei ihrer Vernehmung verneinten sich beide in Widersprüche, und schließlich gestand Marquardt ein, den Gutsbesitzer erschossen und dann verbrannt zu haben. Er will die Tat deshalb begangen haben, weil der Gutsbesitzer seine Frau schlecht behandelt habe. —

Gesunkenes Dampfer. Während eines plötzlich einsetzenden Sturmes sind zwei Dampfer untergegangen, wobei 13 Menschen ums Leben gekommen sind. Der Petroleumdampfer "Red Line" lief im Bristol-Kanal auf. Von der neu Mann starke Beschädigung konnte sich wegen des hohen Seeganges nur der erste Offizier retten, der von einem herbeieilenden Dampfer aufgegriffen wurde. An der Kincardineshireküste lief der Dampfer "Mister" im dichten Nebel auf die Klippen. Fünf von den acht Mann starke Besatzung wurden durch die Wellen fortgerissen und ertranken. Den zwei Überlebenden gelang es noch, an den 60 Fuß hohen Klippen mit nackten Füßen hinaufzuklettern. Mutig und verzweifelt fanden sie endlich unter Aufsicht der letzten Kraft einen Bauernhof. Ein dritter Überlebender der Besatzung, ein alter Mann, der nicht mehr die Kraft besaß, an den Klippen hinaufzuklettern, wurde am nächsten Morgen von der Rettungsmannschaft auf einem Trossen auferlegt aufgefunden. — Der deutsche Dampfer "Ametista" ist bei den Lofoten auf Grund gesunken und gesunken. Es scheint, daß die ganze Besatzung umgekommen ist. Das Unterkabinen des Dampfers wurde von einem anderen deutschen Dampfer "Wilhelm Kunstmann" beobachtet, der gestern bei Boden-Rothsau aufgejagt hat. "Wilhelm Kunstmann" hatte selbst sehr schwer mit dem Sturm zu kämpfen, so daß er der "Ametista" nicht zu Hilfe kommen konnte. Es hörte die drahtlosen Notsignale und sah den Dampfer steuerlos gegen Land treiben. Seitdem ist von dem Schiff und seiner Besatzung nichts gehört und gesehen worden. —

Pariser Berufstänzer. Der "New York Herald" veröffentlicht bemerkenswerte Einzelheiten über die glänzenden Einflüsterungsverhältnisse der in Paris tätigen Berufstänzer. In Paris hat sich ein regelrechter Berufszweig von "Eintänzern" gebildet, die in jeder Hinsicht zu den "neuen Reichen" gezählt werden dürfen. An der Spitze der Großverdiener unter den Eintänzern steht ein junger Engländer, der im vorigen Jahre den Steuerbehörden ein Einkommen von 300 000 Franc angegeben hat. Dieser Eintänzer besitzt ein kostbares Auto und eine herrlich eingerichtete Wohnung in einem der vornehmsten Quartiere von Paris. In dem Bericht wird weiter die Zahl der Eintänzer in den Pariser Vergnügungslokalen, die jährlich mehr als 100 000 Franc durch ihre Belehrung der Modelänzer verdienten, mit mehr als 30 angegeben. Die Eintänzer erhalten in Paris von den alten und jungen Damen, deren gewölbige Tanzpartner sie sind, Honorare, die sich zwischen 50 und 5000 Franc für einen einzigen Tango oder Shimmy bewegen. Den Reisenden hält eine reiche Südmäritanerin, die kürzlich einem jungen englischen Eintänzer 15 000 Franc für den Unterricht in einer Art des "Poco doble" geschenkt hat. Im freien Gegenzug zur Höhe der Honorare, die die männlichen Eintänzer für ihre Kunst von der langjährigen Damenn Welt beziehen, stehen die Tänzgelder, mit denen ihre weiblichen Kolleginnen von der Herrenwelt bedacht werden. Die Herren pflegen in den mondänen Tanzsalons von Paris die Eintänzerinnen für je einen Tag 10 oder höchstens 50 Franc zu spendieren. —

Zu täglich 25 Glas Wasser verurteilt! Eine drakonische Strafe verhängte das Gericht in Cleveland (Ohio) über Henry Reed, die zum siebenundvierzigstenmal wegen Trunkenheit verhaftet worden war. Das Gericht entschied, daß sie einen Monat lang jeden Tag auf dem Prohibitionsbureau zu erscheinen hat, um dort 25 Glas Wasser zu sich zu nehmen. (?) —

Der Geist in der Dorfsmiede.

Der Huf- und Wagenschmied Franz Xaver R. im Lande Österreich beschlug knapp nach dem Mittagessen ein Pferd. Dabei versehete ihm der Gaul einen Stoß, dem der Hufschmied keine Bedeutung beilegte. Er legte sich aber gegen Abend nieder, da ihm schlecht wurde. Bevor er versucht seine Frau, der Krankheit mit einem heißen Topfdeckel beizukommen. Als dies nichts half, holte sie die Nachbarinnen, die nun an dem kranken Schmiede herumdurzten. Man gab dem Kranken heißen Tee, bedachte ihn mit drei Oberketten und einer der Nachbarinnen versuchte es sogar mit dem Gesundbeten. Als dies alles nichts half, holte man den 68-jährigen Dorfsmieden Ignaz Sch. Dieser stand im Kühne, Kenntnis von allerlei geheimen Naturkräften zu haben.

Dieser geheimnisumwitterte Naturarzt betrachtete den Kranken eingehend und gab ihm dann ein Tränklein, das wild im Leibe des Patienten herumwirkt. Schließlich brachte die Schmiedefrau eine größere Flasche mit Wacholder schnaps. Patient und Doktor nahmen sich dieses Getränks tapfer an. Der Schmied, geschwächt von dem Tränklein, mit dem ihm der alte Hirte zu Leibe gegangen war, schlummerte bald sonst und friedlich.

Nach etwa 3 Stunden erwachte er wieder. Es war unterdessen Nacht geworden, der Mond schien bleich durch das kleine Fenster, irgendwo heulte ein Hund — der Schmied bekam Angst. Diese steigerte sich zum Entsetzen, als ein unheimliches Stöhnen vom Fußboden herauflang. Eins der drei Oberketten war vom Ketten gefallen. Als der Schmied seine ganze Willenskraft zusammennahm und sich aus dem Bett lebte, um zu sehen, wiech ein Geist da unten sein Bett treibe, sah er mit geschrägten Hättern, wie sich das auf dem Boden liegende Oberkett langsam fortbewegen begann! Dabei drumte es darunter, daß dem Schmied der Angstschweiß über den Körper lief. Das Oberkett blieb schließlich, wie der Schmied in der Finsternis sahen konnte, ruhig liegen. Ein schwarzer, fast unsichtbarer Geist jedoch ruhte im Zimmer herum. Er wurde bei jedem Seufzer des Schmiedes lauter; der Schmied konnte sogar die Worte verstehen: „Auf i will!“ Nachdem das Geprunkt eine Gipsfigur von Eische geworfen hatte, fand es endlich die Lüre.

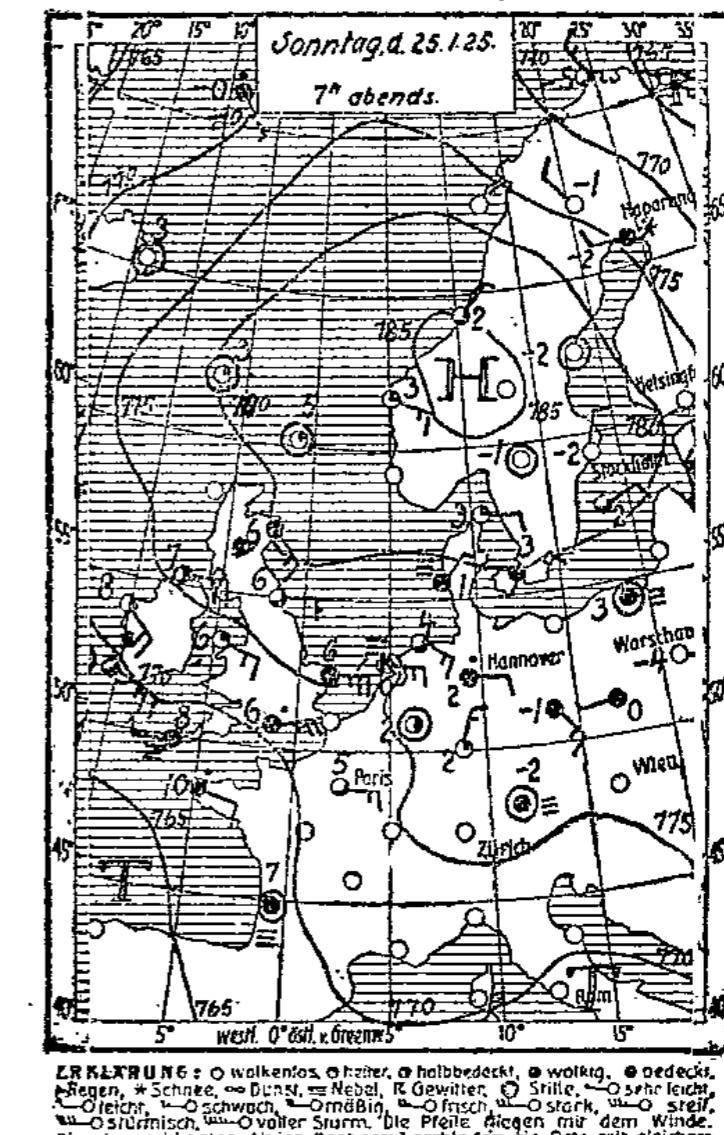
In der nächsten Zeit stellte er fest, daß weniger Kunden schienen ängstlich zu sein und bemühten sich, rasch wieder hinauszufliehen. Der Schmied erfuhrt nun zu seinem größten Staunen, daß der Schweinehirt im ganzen Dorf eine schaurliche Geschichte herumerzählt hatte. Im Hause des Schmiedes spürte ein Geprunkt, das seiner fachgemäßen Beurteilung nach — nur von einem Geprunkt — in Stauben lag. Der Huf- und Wagenschmied wußte sich nicht anders zu helfen, er verließ den Ignaz Sch. wegen Grenzebeleidigung.

Vor dem Bezirksrichter ergab sich nun, daß in der kritischen Nacht der alte Hirte etwas zuviel vom Wacholder getrunken hatte. Er war vom Gesetz gefallen und hatte auf dem Fußboden ein kleines Schätzchen getan. Der Schmied hatte dann das Oberkett im Schlaf auf den Alten geworfen. Das erschrockene Geprunkt des frustrierten Schmiedes hatte der Hirte für eine Geisterstörung gehalten, während sich der Schmied vor dem wandernden Oberkett fürchtete. Mit der Wiedergabe dieser nächtlichen Ereignisse habe er den Schmied nicht beleidigen wollen. Da der alte Mann wegen Kurzschlaf vorbestraft ist, verurteilte der Richter den Geisterstörer zu 100 000 Kronen Geldstrafe. Der Verurteilte begann zu weinen, da er über eine derartige Summe nie verfügt habe. Dies rührte das Herz des Richters. Nach kurzem innerlichem Kampf trat er an den Richtertisch und legte summ zwei 50 000-Kronen-Noten hin. Dabei standen ihm Tränen in den Augen. Der alte Mann formte sich nicht genau Gedanken zu sprechen. —

Briefkasten.

Sommerschenburg. Die Zeitung fehlt hier regelmäßig ab. Wir haben Beschwerde erhoben. —

Wetterbericht.



Starter Luftdruckanstieg im Norden hat zur Ausbildung eines kräftigen Hochdruckes über Norwegen geführt, von dem aus die Luft nach allen Seiten strömt und auch Mitteleuropa überfließt. Bei uns ist es dabei etwas später geworden, und die Temperatur zeigt weiter nach Niedrig zu sinken. Bevor jedoch im Norden keine unmittelbaren Schneefälle eintreten kommt, wird sich die Temperaturrückgang im mäßigen Grenzen halten.

Aussichten für Dienstag: Gelegentlich leicht auftreibend, trocken, Temperatur um Null schwankend. —

Wetterstände.

+ bedeutet über, - unter Null.

Elbe.	Fall Wuchs	Dünen	Wulsd.
Brandenburg	25. 1. -	-	25. 1. + 0,10 I - I
Reinickendorf	-	-	-
Lehmmeritz	-	-	-
Auflaß	- 0,76	-	Großlitz
Dresden	- 0,34	-	Trebitz Atp.
Löbau	- 1,75	-	Bernburg Atp.
Wittenberg	26. 1. 0,08	0,04	Kalte Oberpeg.
Wittenberg	+ 1,27	-	Kalte Unterpeg.
Wittenberg	+ 0,52	0,63	Orzehne
Aken	-	-	-
Barby	+ 0,74	0,02	Brandenburg
Magdeburg	+ 0,61	0,04	Oberpegel
Sangerhausen	25. 1. + 1,34	-	Brandenburg
Wittenberge	+ 1,19	-	Unterpegel
Lenzen	-	-	Rathenow
Domitz	-	-	Oberpegel
Dalchau	-	-	Rathenow
Boizenburg	-	-	Unterpegel
Hohnstorf	+ 0,78	-	Havelberg

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Nicht die Farbe macht!

Bei der Werthätzung der Dinge löst man sich leicht von äußerlichen Eindrücken bestimmen. Nachgebend aber ist der innere Gehalt. So ist auch die Farbe eines Bieres kein Maßstab für seinen Reichtum an Extrakt. Es gibt sehr dunkle Biere, die als Gesundheitsbiere angepriesen werden, jedoch keinen anderen Nährwert besitzen als normale Exportbiere.

Dagegen ist es vor einiger Zeit nach jahrelangen Versuchen und Erfahrungen durch Anwendung eines besonderen Verfahrens gelungen, ein vollkommen neues Bier herzustellen, welches die im Maß enthaltenen Extraktwerte in einem bisher unbekannten Höchstmaße erhält und die bei der Garung sich vollziehende Umwandlung derselben in Kohlenstoff und Alkohol auf ein Minimum beschränkt. Das auf diese Weise hergestellte neue Bier kommt unter dem Namen

Hackerbräu

in den Handel und hat sich bereits dank dieser Eigenschaften als ein ausgezeichnetes Nähr- und Kräutergemisch für Gesunde und Kranke bewährt. Es regt den Appetit an, ist vollmundig, von angenehmem Geschmack und erinnert im Charakter an schwer eingestellte beste alte bayerische Biere.

Alleinige Herstellerin:

Act.-Ges. Hackerbräu, München

soo Sadre deschendes Brauhaus.

Zu beziehen durch

Heinrich Friedl, Magdeburg, Kaiser-Wilhelm-Straße 64, Fernnr. 4396.

Begeisterte Aufnahme

findet das überragende
Gittengemälde

**Wer
war der Vater?**

**Sie ist sie
die Rindesmörderin?**

Mit klappendem Herzen erwartet man den Spruch des Richters, denn man weiß, daß er einen schweren inneren Kampf zwischen Recht und Gewissen austrägt. Das Mädchen, das er verurteilen soll, war ja früher seine Geliebte, und das Kind, das sie angeblich ermordet haben soll — sein Kind.

Es ist eine herzerwärmende Tragödie

Außerdem zeigen wir
den entzückenden Sportfilm

Was eigner Kraft



Das Theater
der internat. Großfilme

Konzerthaus

Seit dem umgebauten Quitschus seide ich mich genötigt,
am Dienstag ein Kaffee-Konzert mit köstlicheren
Etagen zu bieten. Deshalb:

Jeden Dienstag sowie Mittwoch und
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr
die beliebtesten

Kaffee-Konzerte

Zum letzten Male:

„Im Tannenwald“

Als Gäste: Geschwister Städler in ihren Tänzen,
Heinz Meyer, der beliebte Chansonnier.
Eintritt frei! Eintritt frei!

Balhalla-Lichtspiele

Ahends flets ausverkauft

Schwedenblut

Die Tragödie einer verschwundenen
ein Film ergreifenden Inhalts.

Fatty

in seiner östlichen Komödie der Fatty
Billions-Gasse

Fatty als Petroleumkönig

lief seiner Habs von Zehntausend erschüttern.

Die neueste Erianon-Auslandswoche.

Spieldauer: Werktag 5 Uhr, Sonntag 3 Uhr.



**Hausfrau merk, behalt's
Pomerania Bratenschmalz**

*Man verlange
ausdrücklich „Pomerania“ Bratenschmalz.*

Zentral-Theater
Nur noch
bis Donnerstag
täglich 7½ Uhr
Die große romantische Operette

Casanova

Musik von Paul Lincke

Mittwoch den 28. Januar
25. Jubiläums-Aufführung von

Casanova

Paul Lincke dirigiert selbst!

Voranzeige.

Freitag den 30. Januar

Premiere

Zigeunerbaron

Operette in 3 Akten von J. Schmitz

Musik von Johann Strauß

Keine erhöhten Preise!

Siebentägiger Karlenvorverkauf
an den Theatervorlässe und an den be-
kannten Vorverkaufsstellen.

**Homöop. Kranken-
Behandlung**

2. Altmann, Große Königstraße 4, 1. Et.

Gegen alle Krankheiten 2000

Spieldauer 9-11. 3-6 Uhr. Sonntags 15-1 Uhr

Salvator

diverse Bockbiere, Köstritzer Schwarzbier,
echt englisch Porter und Ale
in Siphons und Flaschen

Bierverlag Schmidtchen

Gustav-Adolf-Straße 24.

Telephon 2502. Telephon 2502.

Tom Mix

Der geliebte Deutscher in einem sensationellen

Film

Unter den Wölfen Mustang

Der neue Tom-Mix-Film

Ein Drama, einfach, stark, rauh und

erstaunlich unermüdlich mit trockenem Sarcasmus,

die wie lebendige, gut verarbeitete Schauspieler auf

einem Theaterbühne liegen. Der erste Film

Tom-Mix-Film unterliegt, hat aber ein großer

Appellativer Wert, der über die großen

Appellativen eines großen Films geschieht. Wenn

wir etwas liegen: So etwas sollte man auch

nie geben, so etwas sollte man nicht erinnern,

so etwas sollte man nie für möglich gehalten

Unter den Wölfen Mustang ist ein

Meisterwerk, es ist eine Meisterleistung,

es ist eine Meisterleistung.

Tom Mix

Der neue Tom-Mix-Film

Zu Beginn der Nachmittagssitzung sprach die Hauptangklage. Sie erinnerte an ihre früheren Aussagen, daß ein Generalstreik in bewaffnete Aufstände übergehen müsse, dahn ein, daß bewaffnete Kämpfe nicht gleichzusehen seien mit Sturz der Regierung oder der Republik.

Der Angeklagte Eßler berichtet bei seiner Vernehmung scheinbar über die sogenannten Einigungsverhandlungen im Hamburger Rathaus, an denen er als einer der Vertreter der Kommunisten teilgenommen hat. Dresden will er nicht wissen, wer das Antwortschreiben an den Ortsausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gesandt und verfaßt hat.

Der Angeklagte Mühl hat ebenfalls an den Einigungsverhandlungen teilgenommen und hat auch das Antwortschreiben an den Ortsausschuß überreicht. Auch er will nicht wissen, wer das Schreiben verfaßt und unterschrieben hat, obgleich er früher zugegeben hat, daß er mit dem Schreiben

bei der „verantwortlichen Stelle“

zur Unterschrift war. Wiederholt befragt, erklärte der Angeklagte, der Vorsitzende der kommunistischen Bürgerchaftsfraktion, der Hauptkassierer des Bezirks Wasserstraße und der Vorsitzende des Ausschusses der „Vollzeitzeitung“ G. m. b. H., was er habe das Schreiben im Vorzimmer zur Unterschrift abgegeben, denn es durfte nicht jeder zu den verantwortlichen Personen. So könne er auch nicht wissen, wer Verfasser und Unterzeichner sei.

Dem Angeklagten wird dann noch vorgehalten, daß er in der Voruntersuchung ausgesagt habe, in der entscheidenden Versammlung mit Thälmann zusammengekommen zu sein und mit diesem über das Antwortschreiben an den Ortsausschuß und über die Ausnutzung eines erlangten Telephongesprächs des sozialdemokratischen Polizeiseitners gesprochen zu haben. Heute erklärt Mühl, daß er die Aussage in der Voruntersuchung nur gemacht habe, um aus der Untersuchungshaft entlassen zu werden.

Im Montag soll die Vernehmung des letzten Angeklagten beginnen.

Adolf Thiele.

In der Nacht zum Montag ist in Halle der Geograph Adolf Thiele, Provinzialabstagsabgeordneter, im 72. Lebensjahr an einer Lungentuberkulose gestorben.

Adolf Thiele wurde 1853 in Dresden geboren. Sein Vater war Porzellanarbeiter. Adolf Thiele besuchte die Volksschule, das Gymnasium und wurde jährlicher Volksschullehrer. Im Jahre 1887 ging er zum Zeitungsgewerbe über und gründete in Bremen eine Zeitung. Im Jahre 1894 trat er in die Abteilung unserer Hallischen Parteizeitung, des „Volkblattes“, ein. Bis zum Jahre 1908 wirkte er an diesem Blatte und hat sich große Verdienste erworben.

Genosse Thiele war auch als Parlamentarier tätig. Er vertrat in den Jahren 1899 bis 1907 und 1912 bis 1918 den Wahlkreis Sehnde-Nauendorf im deutschen Reichstag. Der deutschen Nationalversammlung gehörte er als Vertreter des 13. Wahlkreises, Münsterburg, an. Er hat einige Jahre hindurch das Amt eines Landrats im Saalkreis verwaltet.

Die Arbeiterschaft verliert in ihm einen unerschrockenen und eugen Führer.

Der Staatsanwalt als Verteidiger.

Der Münchner Prozeß gegen die Oberlandesfahrt wurde am Sonnabend vormittag 3 Stunden lang hinter verschlossenen Türen geführt, da die Angelegenheit des Frontbannes zur Sprache kam, in der das Gericht bei hergestellter Öffentlichkeit eine Gefährdung der Staatsicherheit erblickte.

Hierauf hielt der Staatsanwalt Zull seine Aussage. Er wies zunächst darauf hin, daß der Bund Oberland im Jahre 1923 von der bayerischen Regierung sehr gern gesehen worden sei, weil er im besten Sinne des Wortes vaterländische Arbeit geleistet hätte. Auch die Angeklagten hätten sich durch ihre vaterländische Betätigung hohe Verdienste erworben und ein leuchtendes Beispiel hoher Vaterlandsliebe gegeben. Für das Strafmaß sei außerdem von wesentlicher Bedeutung, daß die Gerichte in den kommunistischen Prozessen der letzten Zeit viel mildere Urteile gefällt hätten als früher, offenbar deswegen, weil die Gefährlichkeit der Kommunisten abgenommen habe.

Hier unterbrach der Vorsitzende mit der Bemerkung, die Berichte seien immer von der Voransenkung ausgegangen, daß die gefährlichen Ziele der Kommunisten sich nicht vermindert hätten.

Zum Schluß beantragte der Staatsanwalt für alle vier Angeklagten je 2 Monate Gefängnis. Nach kurzer Beratung kam das Gericht aber zu einem Entschluß für sämtliche Angeklagten unter Auferlegung der Kosten auf die Staatskasse. In der Urteilsbegründung heißt es u. a., daß es anfangs zwar den Anschein gehabt habe, als ob der Deutsche Schützen- und Wanderverband eine Fortführung vom Bund Oberland gewesen sei. Die Verhandlung selbst habe aber für diese Annahme keinen schlüssigen Beweis erbracht.

Staatsanwalt Zull und die Münchner Richter möchten wir einmal in einem Kommunistenprozeß hören.

Das Konkordat in Kraft.

Am Sonnabend mittag 12 Uhr hat im bayerischen Staatsministerium des Neuherrn in Gegenwart sämtlicher Minister, Staatsräte und der Vertreter der Koalitionsparteien der feierliche Austausch der Ratifikationsurkunde zum neuen Konkordat zwischen dem Ministerpräsidenten Held und dem Kardinal Pacelli stattgefunden. Der Ministerpräsident würdigte in einer kurzen Ansprache die außerordentliche Bedeutung, die dem mit dem Austausch der Ratifikationsurkunde in Kraft tretenen Vertragserwerb für das religiöse Leben der bayerischen Katholiken innerwohnt, und gab seiner Überzeugung und Zuversicht Ausdruck, daß das neue Konkordat ebenso dem Staat wie der Kirche zum Heil und Segen gereichen werde.

Kardinal Pacelli sollte höchste Anerkennung der bayerischen Staatsregierung um das Zustimmen des Konkordats, vor dem auch er überzeugt sei, daß es mit der Hilfe Gottes zum Wohl des lieben Bayerlandes gereiche, der Förderung der guten Beziehungen zwischen Kirche und Staat diene und nicht zuletzt der bayerischen Jugend Heil und Segen bringen werde.

Im Anschluß an die Ratifikation richtete der Ministerpräsident ein Telegramm an den Papst, in dem dem Oberhaupt der katholischen Kirche Mitteilung von dem Ratifikationsakt und dem Inkrafttreten des Konkordats gemacht wird.

Kodipdienst der Solesstimme.

Der belgisch-deutsche Handelsvertrag.

Brüssel, 26. Januar. Die belgischen Unterhändler in den deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen sind aus Berlin zurückgekehrt, um der Regierung einen Bericht zu erstatten. Der Ministerrat wird am Montag zu diesem Bericht Stellung nehmen. Die langer halbamtlichen Mitteilungen sind ziemlich optimistisch und lassen den Abschluß eines Provisoriums im nächsten Monat erwarten.

Die Antwerpener Zeitung „Neptun“ bemerkt, Deutschland habe große Drücke in der Hand, die Zeit arbeite für Deutschland und die handelspolitische Uneinigkeit der Alliierten sei ihm zum Vorteil. Belgien verlangt eine gewisse Räumung des deutschen Kolonialreichs wenigstens zeitweilig, außerdem wünsche es, gewisse belgische Industrien gleichfalls zeitweilig durch höhere Zölle gegen die deutschen Konkurrenz zu schützen, namentlich die Erzeugnisse der elektrischen Werkzeugfabrikation.

Deutschland wolle sich dieser Sonderbehandlung der belgischen Industrie widersetzen, gebe aber zu, daß gewisse Übergangsmaßnahmen in manchen Fällen berechtigt seien. Das Blatt regt an, Belgien solle den Kampf von Antwerpen als Trumpf gegen Deutschland ausspielen und die Verenthalung der Vorteile dieses Kaisers androhen, wenn Deutschland unnachgiebig bleibe.

Die Antwort auf die Köln-Note.

Paris, 26. Januar. Die Agentur Havas lädt sich aus Berlin berichten, daß die Antwort der Botschafter-Konferenz auf die deutsche Protestnote gegen die Besetzung Kölns der deutschen Regierung am Dienstag überreicht wird.

Ein europäischer Dreieckzug.

Paris, 26. Januar. „Ere Nouvelle“ schreibt über ein deutsch-französisches Garantiebündnis:

Im Jahre 1923 habe Briand auf der Konferenz in Cannes einen Bündnisvertrag zwischen Frankreich, England und Deutschland in Brüssel gebracht. Dieser Entwurf sei nicht ohne Wert gewesen. Er habe den großen Vorsprung gehabt, England mit einzubeziehen; denn England würde einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nur ungern entgegensehen. Man würde sich allerdings über die Schwierigkeiten, denen ein solches Unternehmen begegnen würde, nicht hinwegtäuschen, aber jedenfalls solle man den Versuch wagen, ein europäisches Triumvirat zwischen Berlin, Paris und London zu bilden, das zunächst die Ordnung Europas wiederherstelle und dann einen würdigen und wertvollen Frieden vorbereiten hoffe.

Vertrag in Belgien.

Brüssel, 26. Januar. Die belgische Regierung ist gegenüber der kommunistischen Faktion gegen den pazifistischen Vertrag Helmut v. Gerlachs, der heute in Brüssel stattfinden soll, zu Kompromissen gekommen. Sie hat ihre Ermächtigung zur Beurteilung des Akademiepalastes für die Annahme nachträglich zurückgezogen. Die nationalistische Faktion hat nachgerade hysterische Formen angenommen. Die belgischen Unionisten wollen, die seinerzeit die rheinischen Föderalistin wie Wundertiere in Brüsseler Versammlungen vorstellten, idem jetzt am lautesten und erhaben gern den Vorwurf, daß unter der Masse des Pazifismus die Geschäfte des altdutschen Militarismus besorgt werden sollen.

Es fehlt aber auch nicht an vernünftigen Stimmen. Neben dem „People“ protestieren auch der „Soir“, „Dernière heure“ und andere Blätter gegen dieses unsinnige Treiben und gegen die schamlose Kapitulation der Regierung, indem sie darauf hinweisen, daß Gerlach ein bewährter Verteidiger der Republik und der Demokratie sei und daß das öffentliche Auftreten solcher Männer beiden Ländern und der Sache des Friedens nur nützen könne.

Motiven.

Rechtsblöckegüste in Bremen. Die Verhandlungen um das Bündnis einer großen Koalition in Bremen sind gescheitert. Die Bölkspartei, die zunächst unter dem Eindruck des Wahlerfolgs der Sozialdemokratie und ihrer eigenen Niederlage Neigung zur Bildung der großen Koalition zeigte, schwankt nach rechts ab. Die Ablehnung erfolgte in der Form, daß man der Sozialdemokratie die vor ihr geforderte Anzahl von Sitzen verweigert und auf Zusammensetzung der Deutschnationalen bestand. Bei den Demokraten liegt es, zu entscheiden, ob sie die kleine Koalition bilden wollen, die eine Mehrheit von drei Stimmen in der Bremer Bürgerschaft hat.

Ein Schritt zur Verständigung? Nach einer Berliner Meldung der Pariser „Information“ soll die französische Botschaft in Berlin von der Absicht der deutschen Regierung, Frankreich einen Garantievertrag anzubieten, offiziell unterrichtet worden sein. Das Blatt will dazu weiter erfahren haben, daß dieser Vertrag sich nicht nur, wie man ursprünglich in Paris angenommen habe, auf die Westgrenze, sondern auch auf die Ostgrenze beziehen, was nach Auffassung maßgebender Politiker den ersten ernsthaften Schritt zum Frieden darstellen würde. Der französische Botschafter, der bisher von seiner Regierung keinerlei Institutionen erhalten habe, soll nach derselben Quelle den Plan seprisch beurteilen.

Zäufige Pause in den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen? Über den Stand der Pariser Handelsvertragsverhandlungen erfahren wir, daß die Franzosen vorgezögeln haben, eine französische Unterbrechung für etwa 2 bis 3 Monate einzutreten zu lassen. Die Zwischenzeit soll über das Schicksal des deutschen und französischen Posttarifobligate klären. Auf deutscher Seite steht man dem französischen Wunsch nicht ablehnend gegenüber.

Deutschnationale Denunziation. Das Organ der Deutschnationalen in Bielau teilt mit, daß die Deutschnationale beim Oberrechtsanwalt das sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt“ wegen Landesverrat angezeigt haben, weil dieses Blatt die vom „Sozialdemokratischen Pressefond“ verbreiteten Mitteilungen des Zürcher „Volksrechts“ über die Einstellung von Studenten in die Reichswehr abgedruckt hat. Der deutsch nationale Strafantrag widerspricht dem eigentlichen Sinn des § 91 im Strafgesetzbuch. Der Oberrechtsanwalt wird deshalb die deutsch nationale Denunziation ablehnen müssen.

Schwere Strafe. Im Prozeß gegen den Deutschen Schäfer aus Bautzen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik beantragte der Vertreter der Oberrechtsanwaltschaft wegen Weißhölle zum Hochverrat, Geheimbündnisse und schweren Waffen die Haftstrafe 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 3 Monate Gefängnis. Der Staatsgerichtshof berücksichtigte die Erregung, die seinerzeit unter der Arbeiterfront bestand, wegen der Beschuldigung eines Rechtspolitikers, und verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. 9 Monate und die Geldstrafe wurden als durch die Untersuchung verbüßt angerechnet.

Europäerin gestorben. Der frühere General Europätin, der Hochkommandierende im russisch-japanischen Krieg, ist in Shanghai im Gouvernement Peking im 80. Lebensjahr gestorben.

Militärpräsident in Cagliari. Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, ist die Regierung zurückgetreten, nachdem eine Gruppe junger Offiziere den Monopolpalast, den Sitz der höchsten Behörden, besetzt hat und Truppen den Palast umzingelt haben. Eine neue Regierung ist unter dem Vorsitz des Generals Datorelli und Gotts gebildet worden. Präsident Alfandi ist dringend aufgefordert worden, aus Italien zurückzufahren und die Präsidenschaft wieder zu übernehmen. In Argentinien ist es nicht gelungen,

Das Verbot des Saales ist um so ungerechter als vor einigen Monaten Miller an und gestaltet wurde, im Jänner Saal einen Vortrag für die katholischen Propagandaorganisationen zu halten, den er in unkloster Weise zu Angriffen gegen den französischen Ministerpräsidenten missbraucht. Der sozialdemokratische Abgeordnete Pierach wird übrigens die Regierung wegen dieses Bechlusses in der Kammer zur Rebe stellen.

Der Vortrag Gerlachs findet nunmehr im großen Saal des „Achtuhrt-Hauses“, das heißt des Verbandsgebäudes des belgischen Eisenbahnerverbandes statt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß belgische Radikale und Ultraradikale versuchen werden, die Kundgebung zu stören.

Große Worte eines Diktators.

Paris, 26. Januar. Der aus Marokko zurückgekehrte spanische Diktator Primo de Rivera hält am Sonntag eine geprägte politische Rede, in der er zum Schluss erklärt, die Diktatur verachte in ihrer Stärke ihre Gegner und verzieht auf die Mitarbeit früherer Politiker, die keinen Anspruch mehr darauf hätten. Sämtliche Generale des Diktums würden auch weiter zu ihm halten und an seiner Seite ihre Pflicht tun. Die Diktatur habe er aus vier Gründen errichtet:

1. Zur Bekämpfung des Separatismus.
2. Zur Bekämpfung des Syndikalismus.
3. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Lage und
4. zur Lösung des Marokkoproblems.

Er mußte allerdings zugeben, daß sämtliche vier Ziele, die er sich für eine ursprünglich auf drei Monate berechnete Diktatur gestellt hatte, noch heute, nach Jahr und Tag, nicht erreicht sind. Dafür kündigte er weiter rücksichtsloses Vorgehen gegen alle an, die Gegner der Diktatur und ihrer Politik seien. Sie dürfen kein öffentliches, weder geistliches noch militärisches, Amt bekleiden, sondern sollen das Land verlassen.

Das Parlament zusammengetragen, hat der Diktator nach wie vor nicht die Absicht.

Die mixtraiischen Zentrumsarbeiter.

Köln, 26. Januar. Der Vortrag der Arbeiter-Zentrumswähler hält am Sonntag abend in Köln eine gut besuchte Versammlung ab. Redekörper Saupe sprach über die Vorgänge im Reich. Die Reichstagsabgeordnete Joss und Gerig ergänzten aus ihrer genauen Kenntnis der Dinge den Vortrag. Dann sprach Landtagsabgeordneter Bergmann über die preußischen Verhältnisse, worauf eine lebhafte Diskussion einsetzte, die zur Annahme folgender Entschließung führte:

„Die christliche Arbeiterschaft, soweit sie ihre politische Vertretung innerhalb der Zentrumspartei findet, nimmt in ihrer Versammlung vom 25. Januar Stellung zu den politischen Ereignissen im Reich und in Preußen. Für die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion bei der Regierungsbildung hat sie auch heute noch, unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte, wenige Verständnis. Sie sieht dem neuen Reichskabinett mit wachsendem Misstrauen gegenüber und erwartet seitens der Reichstagsfraktion direkte feste Haltung, wie sie in der Freikonsenserklärung durch Lehrenbach vorgezeichnet wurde.“

Angesichts der Entwicklung im Reich ist eine Bürgerblockregierung in Preußen doppelt gefährlich, weil eine Scheidung des Volkes politische und wirtschaftliche Erstürmungen von unabsehbarem Ausmaß befürchten läßt.“

Bertrauenserklärungen für die Fraktionen.

Köln, 26. Januar. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Kölns beschäftigte sich am Sonntag mit der Haltung der Reichstags- und der Landtagsfraktion bei den Regierungsbildungen und sprach nach Referaten des Landtagsabgeordneten Haas und des Reichstagsabgeordneten Sollmann in beiden Fraktionen einstimmig das Vertrauen aus.

Todesurteile in Russland. Vom Petersburger Gouvernement wurden dieser Tage mehrere Todesurteile wegen Aufruhrs gegen Gefangene des „Kindergefängnisses für besondere Fälle“ (in der Zarenzeit „Kreishy“ genannt) gefällt. Nach der Darstellung der Sovjetpresse war der Aufmarsch, der Ende Dezember 1924 stattfand, cutstanden, weil die Gefangenen in einem neu eingelieferten Kerker einen gewissen Vorwurf erkannt hatten, der von der Zehlka als Spiegel benutzt worden war. Die Gefangenen wollten Vorwürfen und griffen in der Zahl von etwa 300 auch die Gefangenewächter an, die Vorwürfe zu zerreißen. Als der Aufmarsch drohende Todesstrafe annahm wurde Militär herbeigeschafft, welches eine Salve auf die erregte Menge abgab, wodurch fünf der Gefangenen getötet wurden. Obgleich die Angeklagten nur Holzschilder, Eimer und dergleichen als Waffen benutzt hatten, wurde der Aufmarsch vom Gericht doch als ein bewaffneter und planmäßig vorbereiter angeschaut. Sieben Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, viele erhielten mehrjährige Gefängnisstrafen.

Das sozialdemokratische Wien. Einem Bericht des Vorstandes der Wiener sozialdemokratischen Organisation ist zu entnehmen, daß die Wiener Organisation Ende Juni 1924 266415 Mitglieder hatte und jetzt schon gegen 300000 Mitglieder zählen dürfte. Danach ist jeder zweite erwachsene Einwohner von Wien sozialdemokratisches Parteimitglied.

Sandler Bräutigams Nachfolger. An Stelle Bräutigams, der den Posten im schwedischen Kabinett abgegeben hat, aber weiterhin als Mitglied in der Regierung bleibt, ist der Minister Sandler zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Der ursprünglich für das Ministerpräsidenten vorgesehene Thorsøn ist krankheitsbedingt zurückgetreten. An seiner Stelle ist Wigforz zum Finanzminister ernannt worden.

Nationalisation des Konkordats. Sie fand am Sonnabend im bayerischen Staatsministerium des Neuherrn in Gegenwart sämtlicher Minister, Staatsräte und der Vertreter der Koalitionsparteien zwischen dem Ministerpräsidenten Held und dem Kardinal Pacelli statt.

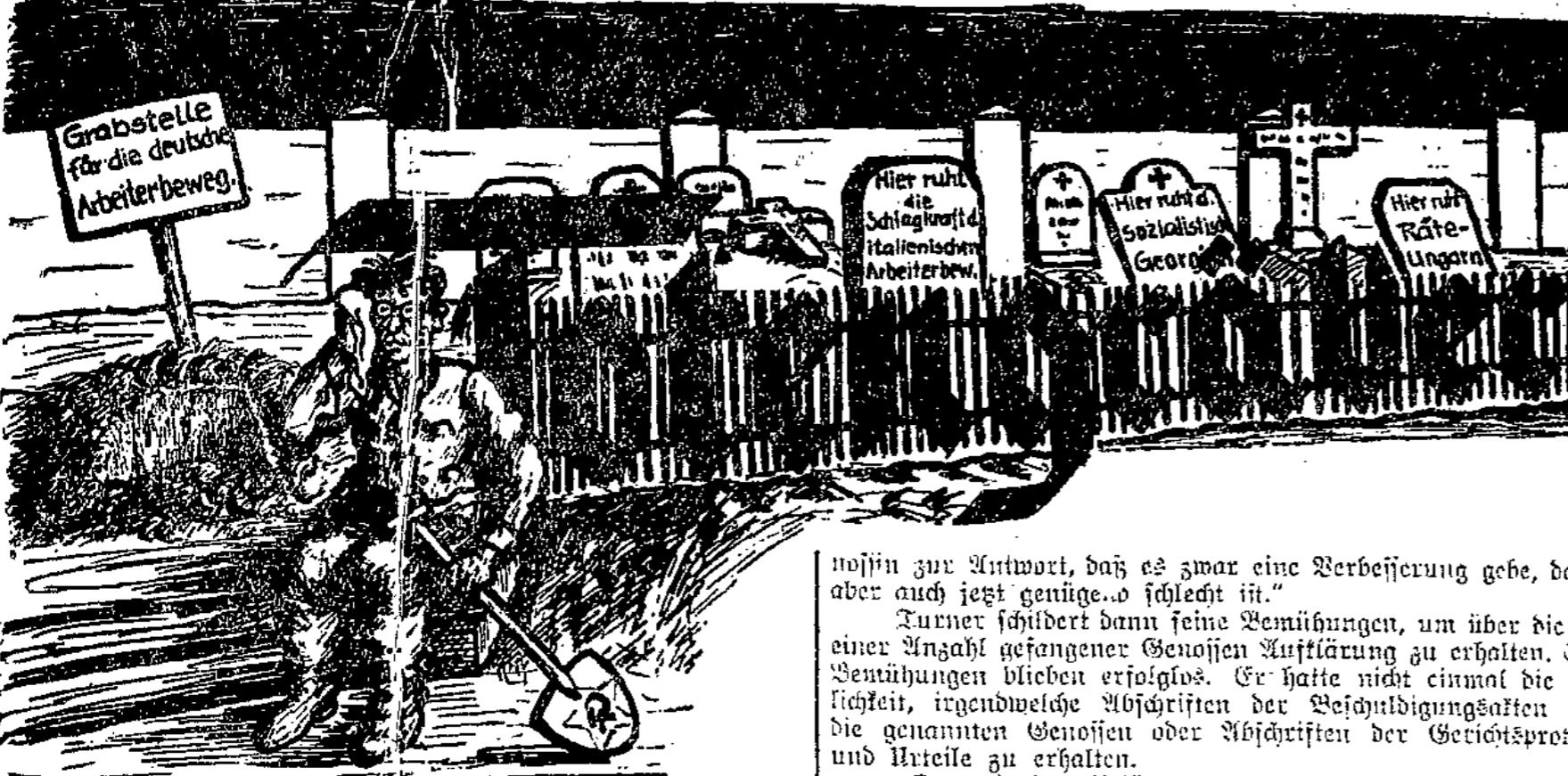
Ablauf der Getreidezölle in Ungarn. Die ungarische Regierung hat, zunächst mit Wirkung bis 1. Mai, die Zölle auf Weizen und Roggen aufgehoben. In Deutschland dagegen liegt die Wurzelzollvorlage auf der Lauer.

Gründung privater Altriengesellschaften in Russland. Die Sovjetregierung hat, wie der „Ost-Echo“ meldet, die Satzung zweier Altriengesellschaften mit ausschließlich privatem Kapital von je 150 000 Rubel genehmigt. Im Zusammenhang mit der Heranziehung des privaten Handels zum Barenverleih werden jetzt im Sovjetland privatkapitalistische Altriengesellschaften sowie genossenschaftliche Altriengesellschaften mit Beteiligung von Privatkapital zugelassen.

Depeschen.

Allianz des Ostens.

W. B. London, 26. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, die großen wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten des russisch-japanischen Vertrages beginnen erst jetzt der japanischen Presse und Öffentlichkeit zu dämmern. Auf der politischen Seite fehle es nicht an Beweisen, daß die Japaner des Ostens das Dogmatik Chinas in der nahen Zukunft in Ansicht nehmen, was zu einer Allianz des freien Ostens führen werde.



So etwas nennt sich Arbeiterführer.

Aus Bochum wird uns geschrieben:

Tolle Zustände müssen in den rheinisch-westfälischen Kommunistischen Partei herrschen. Die Führer bezüglichen sich gegenseitig der Unterschlagung, des Betrugs, der Unfähigkeit und der Verkommenheit. Die sozialdemokratische Presse hat seit längerer Zeit verschleiertlich Zuschriften aus kommunistischen Kreisen veröffentlicht, die sich mit dem Bezirksvertretern der Kommunistischen Partei des rheinisch-westfälischen Industriegebiets befassen. So wurde in dem Spitzenkandidaten der Kommunisten in Westfalen Schüß gesagt, daß er sich nur noch durch Lüge und Betrug zu halten vermöge und daß er alle Eigenschaften des Lumpenproletariats besitze. Schüß hat diese Beschuldigungen hingenommen, ohne sich zu wehren.

Heute wird eine neue Anklageschrift des kommunistischen Parteiangestellten Graul in Essen bekannt, in der gesagt wird, daß man Graul bei dem "Rauschmüh" aus der Partei verboten habe, über die gesamten "Säweinerieen" der führenden Personen zu reden. Graul sagt, daß er zu der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei jedes Vertrauen verloren habe und seine letzte Hoffnung auf einen Untersuchungsausschuß habe, der von den Funktionären gewählt worden sei, um die "persönlichen Säweinerieen" aus der Welt zu schaffen.

Graul behauptet in seiner Schrift an die Funktionäre, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Arthur König einen Kriegsbeschädigten, und zwar das kommunistische Parteimitglied Flormann, in eine Lazarettseinrichtung verschwindet habe. Die Bezirksleitzug habe dafür 1500 Mark zahlen müssen, wohin aber das Geld gekommen sei, wisse man nicht, da Flormann nichts erhalten habe. Weitere schwere Vorwürfe erhält Graul gegen die Bezirksleitung, die Herren Giebler und Hollwitz, welch letzterer Landrat abgeordnet ist. Entfangene Gelder seien nicht abgeliefert worden. Die Buchführung sei beispiellos miserabel. Quittungen seien überhaupt nicht vorhanden. Von einem illegalen Bureau seien Gelder ausgezahlt und von Giebler unterschlagen worden. Während des Streikes im Mai vergangenen Jahres habe man der Bezirksleitung 12.000 Mark zur Unterstützung der Bergarbeiter bewiesen, aber kein Pfennig sei für diese Zwecke verwendet worden. Die Funktionäre sollten Auskunft verlangen, wo das alte Geld geblieben sei.

Über die Qualitäten des früheren kommunistischen Gewerkschaftssekretärs Wagner heißt es in dem Bericht von Graul, daß er Unsummen unentwegt ausgeschlagen und mit Profiten getauscht, die auf das Bureau kamen, um sich Geld zu holen, durchgebracht habe. Wagner habe auch diesen Mädchen Ihren und Schmuckstücke entwendet. Als man ihm endlich absagte, daß ihm die Bezirksleitung noch 70 Mark, damit er nach Mannheim fahre, um dort eine neue Stellung zu erhalten. Schließlich sagt Graul, es sei merkwürdig, daß gegen den Reichstagsabgeordneten Schüß nichts unternommen worden sei, trotzdem doch die Vorwürfe zutreffen und die Angriffe krochig gewesen seien, welche die sozialdemokratische Presse gegen den Spitzenkandidaten erhoben habe.

Die Anklageschrift des Graul beleuchtet einen stinkenden Sumpf furchtbarer Korruption. Und so etwas vernag die Arbeiterbewegung zu jähigen und sozialdemokratischen Minister zu purzen! —

Ohne Moskauer Brille.

Seit Monaten ist die kommunistische Presse bemüht, die Richtige und Erklärungen Purrell's und Ben Tilletts über die Lage in Sowjetrußland im Interesse ihres Verleumdungsfabrikus gegen die sozialistischen Parteien und zur Verherrlichung der sowjetistischen Kulturherrschaft auszunutzen. Nun veröffentlicht das Mitglied der englischen Gewerkschaftsdelegation John Turner, ein bekannter sindikalistischer Gewerkschaftsführer, der zusammen mit Purrell, Ben Tilletts usw. in Russland war, im Bulletin des Vereinigten Komitees zum Schutz der in Russland verhafteten Revolutionäre einen Bericht, der in allen wesentlichen Punkten die kommunistischen Schwindelmeldungen Lügen strafft und die Dinge in Russland so darstellt, wie sie in Wirklichkeit sind. Es heißt in diesem Bericht:

"In Erfüllung des mir . . . gegebenen Auftrags ist ich das Wenige, was möglich ist, um während meiner Anwesenheit in Russland die Lage der Revolutionäre zu untersuchen, die wegen politischer Vergessenheit von der Sowjetregierung inhaftiert sind."

1. zunächst also zunächst ich Anfragen wegen der Behandlung der politischen Gefangenen in den

Konzentrationslagern der Solowetski-Inseln.

Von den Vertretern des Allrussischen Gewerkschaftsbundes wurde mir zunächst gesagt, daß, wenn möglich, ich dorthin fahren und die Inseln untersuchen könnte. Einen Tag später wurde mir mitgeteilt, daß wegen der Kälte und des Schnees die Fahrt weder mit dem Dampfer noch mit der Eisenbahn möglich ist. Ich hatte dennoch in Leningrad noch die Möglichkeit, eine Anschrift zu erwerben, die in Solowetski war, und sie bat mich dann informiert, daß die Behandlung seines der vorliegenden Gefangenenwartes eine sehr schlechte sei. Auf meine Anfrage, ob sie auch jetzt so schlecht sei, wie früher als sie dort war, bekam ich von der Ge-

nossin zur Antwort, daß es zwar eine Verbesserung gebe, daß es aber auch jetzt genüge, schlecht sei.

Turner schildert dann seine Bemühungen, um über die Lage einer Anzahl gefangener Genossen Aufklärung zu erhalten. Seine Bemühungen blieben erfolglos. Er hatte nicht einmal die Möglichkeit, irgendwelche Abschriften der Beschuldigungsakten gegen die genannten Genossen oder Abschriften der Gerichtspräzesse und Urteile zu erhalten.

"Das einzige Gefängnis — fährt er fort — das ich besuchen konnte, war das Butyrki-Gefängnis in Moskau. Dort sprach ich Timojeff, das Mitglied des Zentralkomitees der rechten Sozialrevolutionäre (der 1922 zum Tode verurteilt worden war). Ich fand ihn in einem kräftigen Zustand und gegen das heutige Regime in Russland aufgebracht. Er schien zu freuen, zu sein zu erfahren, daß in Russland Menschen da sind, die sich für die russischen gefangenen Revolutionäre interessieren. Timojeff wollte sehr, daß ich seinen Gruß an Vandervelde und Th. Liebknecht weitergebe . . .

Die allgemeine Lage in Russland wird von Turner auf Grund seiner Untersuchungen folgendermaßen geschildert:

a) Es gibt in Russland keine freie Presse, wie es verstanden wird im Westen Europas und Amerika; das, was in diesen Ländern als unabhängige, harmlose Zeitungen betrachtet wird, ist tatsächlich unmöglich in Russland zu veröffentlichen. Die Zensur ist sehr streng gegenüber den Publikationen, die einen kommunistischen Charakter zu tragen scheinen. Zur Illustration wurde mir berichtet, daß während des Jahres 1923 in Moskau eine unablässige Zeitdruck konzessione war. Sie behandelte hauptsächlich Fragen der Gewerkschaftsbewegung, der Kooperative und der SSSR. Die Tatsache des Erscheins einer unabhängigen Zeitschrift führte dazu, daß von ihrer zweiten Nummer 45.000 Exemplare verkauft wurden sind. Die dritte Nummer passierte die Zensur, aber die Sowjetregierung wurde unruhig und die

Polizei überfiel die Druckerei, konfiszierte die schon von der Zensur genehmigten gedruckten Exemplare und verriegelte die Druckerei. Einen Monat später drang die Polizei in die Druckerei ein und schleuste die Druckmaschinen weg. Keiner wurde verhaftet, keine Erklärung wurde abgegeben. Auf meine Frage, warum denn der Herausgeber der Zeitung keine Erklärung forderte, wurde nur geantwortet, daß die Genossen von der Erfahrung her wissen, daß in jedem Falle sie wahrscheinlich verhaftet werden unter dem Vorwand, daß man sie untersuchen müsse. In solchen Fällen müssten sie endlos verhaftet bleiben in Erwartung des Abschusses der Untersuchung gegen sie.

b) Sobald ich ermitteln konnte, erhielt in Russland keine Freiheit des Wortes oder der Versammlung für irgend jemand außer den ordentlichen Sowjetbehörden, die sich unter der Aufsicht der kommunistischen Partei befinden. Es ist mir nicht genügend klar, ob diese Behörden selbst die Freiheit des Wortes und der Versammlung gewünscht oder auch sie irgendwie Erlaubnis erhalten müssen.

c) Was die Gefangenshaft betrifft, so führen die

polistischen Gefangen in den Solowetski-Inseln und in den verschiedenen Gefangen- und Konzentrationslagern (die Solowetski inkl.) einholen konnten, muß gezeigt werden, daß diese Behandlung außergewöhnlich schlecht war, jetzt aber sich etwas verbessert hat. Die Gesamtlage beweist eher, daß die kommunistischen Sowjetbehörden um die Möglichkeit der Fortsetzung ihrer Herrschaft panikartig besorgt sind und doch infolge dieser Furcht sie so gehandelt haben, wie eine jede Regierungsgewalt handelt, wenn sie um ihre Position besorgt ist.

Eine reale Umfrage derjenigen, mit denen ich die Möglichkeit hatte, in Kontakt zu kommen, hat angezeigt, daß, sofern die Dinge in Russland sich mehr oder weniger stabilisiert haben, die schlimmsten Phasen der politischen Panik den Gegnern gegenüber sich modifiziert haben.

Ich hoffte, Tschitscherin zu sehen, aber an dem Abend, an dem unsre Delegation ihn besuchte, war ich bedauerlicherweise vom Hotel weg, weil ich diejenigen aufsuchte, deren Wünschen ich mit nach Russland brachte. Nach meiner Rückkehr vom Süden nach Moskau suchte ich

vergebens eine Zusammenkunft mit Tschitscherin.

Ich hoffte mit ihm die Lage der politischen Gefangen zu beschreiben, nicht, weil er etwas dazu tun könnte, sondern deshalb, weil er zumindesten mich in Verbindung setzen konnte, mit denjenigen, die etwas tun können. Wie gesagt, es gelang mir nicht. Es muß daran erinnert werden, daß die Delegation, deren Mitglied ich war, ein sehr großes Programm auszuführen hatte, und daß nur zufällig an dem Abenden, wo ich nicht mit der Delegation zusammengegangen bin, die Möglichkeit hatte, mich persönlich mit den von mir gemusterten Leuten zu verbinden.

Ich kann in diesem Bericht nicht genügend betonen, welche Schwierkeiten ich hatte, um in Verbindung mit den von mir gemusterten Menschen zu kommen. Da ich die russische Sprache nicht beherrschte und da ich nicht einen offiziellen Dolmetscher zur Seite hatte, der natürlich von der offiziellen Delegation in Anspruch genommen war, so verging viel Zeit, bis ich überhaupt eine private Information bekommen konnte. Zuflüsterweise hatte ich sie . . ."

Dieser ungeschminkte Bericht John Turners, der natürlich nur einen Teil der in Russland gesammelten Eindrücke des Verfassers wiedergibt, spricht Bände. Statt offizieller Dokumente und nüchterner Berichtsabschlußfazetten wie wir in diesem Bericht das auf richtige Verständnis eines seiner Verantwortung bewussten Arbeiterführers, die Dinge zu erkennen, wie sie in Wirklichkeit sind. Wir sind nun gespannt, ob die kommunistische Presse, die ihre Leser monatelang mit den "Berichten" Purrells und Ben Tilletts gefüllt hat, jetzt den Mut aufbringen wird, auch den Bericht John Turners wiederzugeben.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

10 Jahre Nachtarbeitsverbot.

Vom Deutschen Nahrungs- und Gewerkschaftsarbeiterverband wird uns geschrieben:

Eine alte Forderung der Bäder- und Konditorarbeiter, die Krieges erfüllt, wurde während des Krieges erfüllt. Am 5. Januar 1915 verordnete der Bundesrat über die Bereitung von Nachwaren im § 9:

Alle Arbeiten, die zur Bereitung von Nachwaren dienen, sind in Bäckereien und Konditoreien, auch, wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen, in der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten.

Diese gesetzgeberische Maßnahme entsprang nicht etwa dem sozialen Weitblick, endlich die gesundheitsschädliche, unmoralische Arbeitsweise in den Bäckereien und Konditoreien zu beenden und ein Jahrhunderte hindurch bestandenes Unrecht gutzumachen, sondern sie war aus der Zeit als Kriegsmathematik zur Sicherung der Volksnahrung geboten.

Das Verbot der Nachtarbeit trat am 15. Januar 1915 in Kraft. Es erreichte dieser Eingriff in die "Freiheit" bei dem konserватiv eingestellten Unternehmertum den denkbaren größten Unwillen. Die wildesten Drohungen gegen die Regierung wurden laut und es verstieg sich sogar zu der Prophezeiung: Tausende von Bäckereibetrieben werden das Opfer dieser Verordnung und die Bäckerforschung wird aufhören. Eingerettet ist das Gegenteil. Die Arbeiterschaft dieses Berufs war hoch erfreut über die Verordnung und erachtete recht bald den Beweis, daß auch bei der Tagarbeit die Bäckerforschung für die Konsumenten gesichert werden kann. Heute bald befriedeten sich auch die Unternehmer mit dieser Neuregelung, so daß übereinstimmend die Gewerkschaftsbürokratie schon im ersten Jahr die Zustimmung zu dem Verbot der Nachtarbeit aus den Unternehmertreinen feststellen konnten. Die vereinzelierten Gegner waren nur mehr in den Großbetrieben zu finden, denn sie wurden durch das Verbot in der kontinuierlichen Arbeitsweise beeinträchtigt.

Nach der Revolution trat durch den Rat der Volksauftragten an Stelle der Bundesratsverordnung das heute noch bestehende Schutzgesetz für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien vom 28. November 1918. Die Schutzmäßigungen wurden auf die tägliche 8-Stündige Arbeitszeit erweitert, die Arbeit an Sonn- und Feiertagen verboten und den Großbetrieben insoweit entgegengesetzt, als die Betriebszeit von 12 auf 16 Stunden ausgedehnt und die Möglichkeit geschaffen wurde, in zwei Schichten arbeiten zu können. Diese Neuregelung ging aber nicht nach den Wünschen der Großbetriebe. Sie wollten unter allen Umständen wieder die Zulassung der Nachtarbeit erreichen. Die gewerkschaftliche Organisation der Bäcker- und Konditorarbeiter mußte daher gegen diese Bestrebungen in den letzten Jahren starke Kämpfe führen.

Heute, nach dem 10jährigen Bestehen des gesetzlichen Verbots der Nachtarbeit, kann festgestellt werden, daß sich die gewerkschaftlich und sozialistisch organisierte Arbeiterschaft geschlossen hinter die Forderungen der Bäcker und Konditorarbeiter stellt. Die Forderungen der Großbetriebe, daß soziale Kulturerziehungshäfen kapitalistischen Profitinteressen untergeordnet, sogar gezwungen werden sollen, wurden auch von der Internationalen Arbeitskonferenz nicht verstanden, die mit 74 gegen 15 Stimmen ein Übereinkommen beschloß, nach dem das Verbot der Nachtarbeit für alle in den Bäckereien und Konditoreien beschäftigten Personen einschließlich der Unternehmer, allen dem Völkerbund angegeschlossenen Ländern zur Ratifikation unterbreitet wird. Auf der frisch in Berlin stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der Gewerkschaften der gewerkschaftlichen und sozialistischen Arbeiter-Internationale wurden, wie schon auf dem internationalen Gewerkschaftstag in Wien, die Forderungen der Bäcker- und Konditorarbeiter als berechtigt anerkannt und die sozialistische Arbeiterschaft aufgefordert, mit größter Energie die Propaganda zugunsten des Übereinkommens der internationalen Arbeitskonferenz anzuschalten.

Durch die Bestrebungen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Arbeiterschaften, wie auch durch das in der internationalen Arbeitskonferenz mit großer Mehrheit beschlossene Übereinkommen wurde den Bäcker- und Konditorarbeitern eine gesetzliche Unterstützung zuteil. Am Tage des 10jährigen Verbots der Nachtarbeit in Deutschland kann die Hoffnung zum Ausdruck kommen, daß die Nachtarbeit in den Bäckereien und Konditoreien, die in großen Kulturerhäfen dient, hinauf als hagiatische und gesundheitliche Gefahr für die Beschäftigten und die Konsumenten bestand, bald in allen dem Völkerbund angeschlossenen Staaten für immer verboten sein wird.

Für die Bäcker- und Konditorarbeiter Deutschlands kommt damit ein seit 40 Jahren mit größter Erbitterung und zäher Ausdauer geführter Kampf zum Abschluß. Nun muß die ganze gewerkschaftliche Macht auf die Durchführung und Einhaltung dieser wichtigen gesetzlichen Bestimmungen konzentriert werden. Auch diese Arbeit wird mit Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft von Erfolg sein. —

Auch in Köln ausgetragen. Bei den Neuwahlen der Kölner Stadtverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands wurde die Liste der Amtsdamer Richtung mit allen gegen zwei Stimmen gewählt. Die Kommunistische Partei verfügt in der Generalverwaltung über so wenig Vertreter, daß ihr die Aussicht einer eigenen Kandidatur vollauf unmöglich war. —

Krisis in der Saar-Metallindustrie. Ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses Saarbrücken erachtet den Stundenlohn in der eisenverarbeitenden Industrie um 10 Prozent, verlangt aber zur Verbilligung der Produktion von den Arbeitern die Leistung von 160 Minuten. Trotzdem werden die Unternehmer den Schiedsentscheid ablehnen, so daß es vornehmlich zu einem größeren Streit kommen wird. —

Wieder Gewerkschaftskonflikt nach Russland. Der Vorstand der Wiener Arbeiterkammer hat sich bereits erklärt, auf Seiten der Kammer eine Studienkommission nach Russland zu entsenden, um die gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung Russlands zu Ort und Stelle zu studieren, unter der Voraussetzung, daß die Kammer von der russischen Regierung eine offizielle Einladung erhält, in welcher genügende Garantien für die vollkommene Bewegungsfreiheit aller Kommissionsmitglieder in persönlicher und fachlicher Beziehung geben werden. In der Einladung müsse auch zum Ausdruck gebracht werden, daß der Kammer die Zusammenstellung dieser Kommission vollkommen überlassen bleibt. — (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Es wird niemand einfallen,

Hände und Gesicht mit Kalk zu reinigen, sondern von alters her wird dazu Seife verwendet. Warum sollten gerade die Zahne, Zähne empfindlicher und spongiöser Schmelz, so unangemessen behandelt werden? Benutzen Sie dazu nicht nur irgendeine Zahncreme, die parfümierten Kalk darstellt; sondern verwenden Sie die schäumende Zahncreme Kalcidol! —

Kalcidol ist seiner Zusammensetzung nach eine Gedebuchzahncreme. Nur eine salzhaltige Zahncreme, wie Kalcidol, befestigt reißt fest und andre Unreinigkeiten von den Zahnen, ohne den Zahnschmelz anzugreifen, und ist durch ihr erstaunliches anziehendes Kalcidol ein wunderbarer Mittel.

Nachrichten aus der Provinz.

Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Die Unfallversicherung der Landwirtschaft wird verschiedentlich abweichen von der gewöhnlichen Betriebe durchgeführt. Zunächst lehnt sich die Verwaltung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften eng an die Kommunalverwaltung an. Weiter werden die Beiträge (Umlagen) der Unternehmer, die Jahresarbeitsverdienste der Arbeiter usw. ganz anders berechnet wie in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. So wird die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen vom Provinzialausschuss in Merseburg mitverwaltet. Als "Sektionen" (untere Verwaltungsstellen) kommen die Stadt- und Landkreise in Frage und die Stadt- und Kreisausschüsse sind gleichzeitig Sektionsvorstände. Die Zahl der Sektionen beträgt zusammen 64, und zwar 29 Land- und 15 Stadtkreise.

Die Zahl der berichtigten Betriebe hat in den letzten Jahren eine Zunahme erfahren, was nur auf einer Aufstellung landwirtschaftlichen Betriebes beruhen kann. Der Ende 1924 erschienene Bericht der Genossenschaft gibt 242 682 versicherte landwirtschaftliche Betriebe an. Das sind rund 10 000 Betriebe mehr als im Jahre vorher. Kleine Haushalt und Biergärten, die nicht regelmäßig und in erheblichem Umfang mit besondern Arbeitskräften bewirtschaftet werden und deren Erzeugnisse hauptsächlich dem eigenen Haushalt dienen, gelten nicht als landwirtschaftliche Betriebe. Andererseits gelten alle Grundstüde eines Unternehmers, zu deren landwirtschaftlichen Gesamtbetrieb gemeinsame Wirtschaftsgebäude dienen, als ein einziger Betrieb.

Die Zahl der Versicherten steht nicht genau fest, sie kann schätzungsweise auf 850 000 angegeben werden. Die Zahl der Betriebsunfälle hat in den letzten Jahren erhöht sich zugenommen. Im Jahre 1918 wurden 3125 Unfälle gemeldet, 1923 aber 4793. In derselben Zeit stieg die Zahl der Verletzten, für die in dem betreffenden Jahr erstmalig Unfallentschädigung festgestellt wurde, von 1218 auf 1642. Entschädigt wurden nur solche Unfälle, die eine Erwerbsbeschränkung für mehr als 18 Wochen im Gefolge haben. Im Jahre 1923 wurden 1082 Männer und 479 Frauen und 55 männliche und 26 weibliche Jugendliche unter 16 Jahren in diesem Umfang verletzt. Ganz besonders muß herorgehoben werden, daß 1923 allein 92 Personen durch Betriebsunfall getötet worden sind. 371 Verletzte mussten als dann endg. erwerbsunfähig erklärt werden. Der weitauß größte Teil der entshädigten Unfälle, nämlich 418, ereignete sich durch Fall von Leitern, Treppen usw., sodann 296 durch Ueberfahrten und Absturz von Wagen, 223 durch Stolzen, Schlägen und Peilen von Tieren, 98 durch Handwerkzeug, 97 durch Zusammenbruch und Einsturz usw.

Im Jahre 1923 wurden zusammen mit den Verletzten aus früheren Jahren an 13 067 Betriebe Raten gezahlt und zwar 86 442 Goldmark. Es erhält also jeder Verletzte im Durchschnitt etwa 7,50 Mark im ganzen Jahre "Rente". An 1581 Witwen Geisteter wurden 24 956 Mark gezahlt, also für jede etwa 16 Mark im Jahre! Das ist ein Beweis dafür, daß in der Inflationsszeit die Leistungen der Unfallversicherung auf ein Nichts zusammengeschrumpft waren. An Beitragern (Umlagen) wurden 376 558 Goldmark eingezogen.

Es ist aus dem Bericht der Berufsgenossenschaft nicht ersichtlich, welcher Überblick erzielt wurde. Die Verwaltung kostete etwa 29 000 Mark. In 19 Fällen stand gegen Betriebsunternehmer Rechtsanwälte gestellt worden, weil sie die Unfälle in großflächiger Weise herbeigeführt hatten. Streitigkeiten mit Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, Armenverbänden fanden nicht vor. Die Betriebe wurden durch technische Aufsichtsbeamte darauf geprüft, ob die Unfallverhütungsvorschriften eingehalten wurden. Diese wurden im Jahre 1924 einer Verbesserung unterzogen.

Stadtkreis Burg.

Ortsausschuß. Eine Delegation des Arbeiterspartikartells fordert gemeinsames Vorgehen gegen die willkürliche Erhöhung der Bierpreise durch die Saalbesitzer. Der Vorstand wird beauftragt, in kürzer Frist eine Sitzung mit den Saalbesitzern zu verlangen, damit eine Abklärung erfolgt, andernfalls wird die Arbeiterchaft die notwendigen Folgerungen daraus ziehen. Der Ertrag einer Abstimmung wird der Bibliothek zu Neuanfangungen überwiesen. Den eingeschlossenen Gewerkschaften wird empfohlen, der Arbeiter-Samariter-Kommission einen Zuschuß von 3 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr zu zahlen. Neben die Unterstützung wegen Arbeitsmangels entlassener Beamter waren Reinigungsverschiedenheiten entstanden, die durch Entscheidung der Regierung beigelegt sind. Genosse Kijzel gab in großen Worten ein Bild der gesellschaftlichen Arbeit des Vorstandes. Eine Aufwärtsbewegung ist unverkennbar. Der Arbeitsmarkt zu Anfang des Jahres war mit 1597 Arbeitsuchenden besetzt, der Höchststand war 2013, er sank bis zum Ende 1924 auf 564. Viele Erwerbstlose wußten leider das Arbeitsamt nicht auf, so daß tatsächlich eine größere Anzahl Personen als Opfer der Bierpreissteife vorhanden sind. Der immerhin günstigere Ar-

beitsmarkt spiegelt sich in den Mitgliedszahlen der Gewerkschaften wider. Es sind rund 7000 freigewerkschaftliche Arbeiter vorhanden. Die Gefanenneinnahmen betragen 5063 Mark, denen eine Ausgabe von 4577 Mark gegenübersteht. Der Vorstand schloß mit der Aufforderung zu eifriger gewerkschaftlicher Aufbauarbeit und festem Zusammenleben, dann wird uns das neue Jahr wieder ein Stück vorwärtsbringen. Ein Antrag, dem Vorstand das Vertrauen auszusprechen und ihn in seiner Gesamtheit wiederzuwählen, stand gegen 8 Stimmen Annahme. Demnach ist 1. Vorsitzender Kijzel, 2. Biebler, Kassierer Scheling, Schriftführer W. Heimel, Beisitzer Ciemisch, Härlein und Kosch. Kommissionen: Bibliothek: Berno, Stadtmüller, Billnow; Herberge und Sekretariat: Naturtheater, Matrize, Soziale Wahl: Andree, Göde, Just, Matrize, Nebisoren: Süß, Spohn, Wiegand. Lange fragte nach dem Ausgang der Angelegenheit der Berufsgenossenschaft und verlangte Auskunft, was der Vorstand gegen das Überhandnehmen der Nebenzeitarbeit in einzelnen Betrieben zu tun gedenkt. Es entspann sich eine lebhafte, zum Teil scharfe Diskussion über das Nebenzustandswesen. Das Gewerbeaufsichtskomitee soll zum Eingreifen veranlaßt werden. Ebenso sind in einem Betrieb über lange Arbeitszeiten der Heizer an der Tagesordnung. Unter der natürlichen Übermüdung der Heizer muß die Betriebsicherheit leiden, so daß die Feuerlaufschädlingsbehörde eine scharfe Kontrolle ausüben muß.

Politische Kinder sind die Kommunisten. Da ihnen die Kenntnis fehlt, muß das große Mundwerk alles ersehen. Also wird französisch versucht, jede Kleinigkeit aufzubauen, um daraus für ihre bankrote Partei Kapital zu schlagen. Das hiesige Arbeitsamt hatte den Anspruch der infolge Finanzschwierigkeiten des Berlin-Burger Eisenwerks entlassenen Beamter abgelehnt und stützte sich dabei auf Verfügungen des Ministeriums für Volkswirtschaft und der Regierung. Bei der Unlachheit dieser Vorrichtungen war die angemachte Vorsicht des Verwalters gerechtfertigt, zumal über den Begriff der sogenannten Eisfonatoren schon Schwierigkeiten entstanden waren. Außerdem mußte der Verwalter als Dreihänder öffentlicher Gelder erst eine Klärung herbeiführen, ehe er diese Gelder verausgabte. Auf eine Gingabe des Arbeiterssekretariats ist nun eine für die Entlassenen günstige Entscheidung ergangen. Daraus will nun der "große Strateg" Schüller politisch Vorteile ziehen, denn der Verwalter des Arbeitsamtes ist Sozialdemokrat, und deswegen ist es ein Verbrechen, wenn er Vorsicht walten läßt. Die Führer der Kommunisten kennen natürlich die Begriffe Vorsicht und Verantwortlichkeit nicht. Sie fordern bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu Straßendemonstrationen auf und überlassen dann die Verführten bei Verstößen gegen die Gesetze dem Strafrichter. Gibt es dann doch wieder prächtige Gelegenheit in den Parlamenten, und wenn auch nur in einer Stadtverordneten-Sitzung "Amnestie" zu schreien, Kindertrompeten zu blasen und sonstigen Unruhen zu vollführen. Ebenso ist der Neukommunist lange eingestellt. Sollte doch als Abschreckmittel gegen das Nebenzustandswesen die Straßendemonstration dienen. Dabei hat dieser "Kämpfer" aus dem Führer selber rund ein halbes Jahr lang täglich eine Nebenzustand gehoben. Wenn auch der Tarif für die Schuhindustrie vorstrebte, daß der Unternehmer die 9. Stunde verlangen kann, so ist doch nirgends vorgeschrieben, daß sie geleistet werden muß. Einmal mehr Rücksicht gegen den eigenen Unternehmer ist dabei viel praktischer, als durch schöne Reden Eindruck schinden zu wollen. Deshalb möchten wir dem Zehn-Männer-Kollegium empfehlen, ihr politisches Agitationsmaterial sich anderwärts zu suchen. Mit johlen aufzuschaukeln Kleinigkeiten können sie doch keinen Hund hinter dem Ofen vorlösen.

Die Tätigkeit des Wohnungsamts im letzten Vierteljahr 1924 war umfangreich. Die Zahl der Wohnungsuchenden ist von 1882 auf 1424 gestiegen, das bedeutet eine Zunahme von 3 Prozent. Außer diesen Wohnungsuchenden sind etwa 200 Wohnungstauschende vermerkt. 38 Wohnungen wurden Wohnungssuchenden zugewiesen, außerdem 24 Wohnungen, die durch Errichtung eines Neubaus geschaffen und vergeben sind. Eine Abnahme der Anträge auf Zuweisung von Wohnungen ist nicht eingetreten, vielmehr ist die Wohnungsnöthe blödig im Nachhause begriffen. Auf Anordnung der Regierung wird in nächster Zeit eine Gebührenordnung erlassen, nach der für jede Auskunft usw. in Wohnungssuchengelegenheiten ein Geldbetrag zu erheben ist. Durch Ministerialerlaß ist die Beschlagnahme überzogene Wohnungen aufgehoben, außerdem unterliegen möblierte Zimmer nicht mehr der zwangsweisen Zwischenhaltung. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß ohne Ausweis seitens des Wohnungsamts frei gewordene oder leerstehende Wohnungen nicht besichtigt werden dürfen. Für die Hausbesitzer besteht bei Fremwerden einer Wohnung unverändert die Zwischenhaltung, die frei werdende Wohnung innerhalb 3 Tagen dem Wohnungamt anzugeben. Unterlassungen können bis zu 10 000 Mark Geldbuße bestrafen. Das Wohnungamt bittet, ungerechtfertigte Angriffe zu unterlassen, vielmehr die Bewohner und Angestellten des Wohnungsamts in ihrer Arbeit zu unterstützen und sie nicht unnötig zu belästigen.

Die handwirtschaftliche Berufsschule veranstaltete im Februarzeitum eine Ausstellung von Arbeiten der Schülerinnen. Direktor Dahm hielt einen interessanten Vortrag über die Auf-

gaben dieser Berufsschule, an den sich eine Besichtigung der Ausstellung anschloß. Leider war der Vortrag aus den Kreisen der Bevölkerung nicht so begütigt, wie es zu wünschen gewesen wäre. Zu bemängeln ist vor allem, daß es die Stadtverordneten der Reichsparteien, die in der Stadtverordneten-Sitzung den Ausbau der Schule befürworten, nicht für notwendig hielten, sich über die Schule und ihre Notwendigkeit zu informieren. Bedauerlich ist das Verhalten dieser Herren nicht, denn sie sind für den Fortschritt der unteren Schichten der Bevölkerung nicht zu haben. Ihr Grundsatz heißt: "Je dümmer das Volk, desto willigere Arbeitskräfte." Nicht einmal der Vertreter der Lehrerschaft, Kontraktor Bischoff, und der sich als Vertreter der Angestelltenenschaft anspielende Stadtverordnete Geschäft, fanden es für notwendig, sich von Tatsachen überzeugen zu lassen. Direktor Dahm gab einen kurzen Überblick über die Entstehung der Berufsschule und ihre bisherige Tätigkeit. Alles seinem Vortrag war zu entnehmen, daß diese Schule durchaus notwendig ist, und daß man es nicht verleihen kann, wie es noch immer Kreise gibt, die sich gegen die Berufsschule wenden. Die hauswirtschaftliche Berufsschule will unsern Töchtern für ihr ferneres Leben die nötige Ausbildung geben, damit sie ihr Amt als Mutter, Erzieherin und Hausfrau ausüben können. Die Schule wird jetzt von rund 500 Mädchen besucht. Der Schulkreis umfaßt folgende Fächer: Lebenskunde, Bürgerkunde, Sprachkunde, Erziehung, Gesundheitslehre, Kochen, Schneidern, Waschtechnik u. a. Die Besichtigung der Ausstellung ergab ein Bild von der guten Ausbildung der Mädchen. Es ist eine Rücksichtnahme sondergleichen, besonders von einem Kontraktor und Demokraten, wenn man für diese segensreiche Einrichtung keine Mittel bewilligen will. Wir sind der Überzeugung, daß die Schule nach jeder Richtung hin gefördert und noch weiter ausgebaut werden muß.

3. Februar.

Vieberitz. Die Partei-Vereinigung war gut besucht. Die Mitgliederzahl hat erheblich zu genommen, besonders zahlreich sind die Frauen in dem Vereinsverein beigetreten. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt mit Ausnahme des Schriftführers, welcher französisch sein Amt niedergelegt musste. An seine Stelle tritt Hermann Möhring jun. Genossen Blum erklärte ausführlich Vorsicht über die Kreistags- und Gemeindevertreterwahlen und stand mit seinen Ausführungen die Zustimmung der Versammlung. Beschlusse wurde, in einer regeren Agitation für die Partei und die "Volkstimme" einzutreten. Ferner wurde beschlossen, Frauenaabende zu veranstalten, um die Genossinnen an die Partei zu fesseln. Dieser Beschluß stand bei den Genossinnen lebhaftes Zustimmung.

Kreis Wanzleben.

Groß-Ottersleben. Die Generalversammlung des Parteibereins findet am Freitag den 30. Januar, abends 8 Uhr, bei Körting statt. Diese Versammlung, in der die Neuwahl der Leitung vorgenommen wird, muß gut besucht werden. — In den Hansa-Lichtspielen wird am Dienstag abend 8 Uhr neben dem Film "Ich fahre in die Welt" noch der Film "Die Stadt Erfurt im Mittelalter" gezeigt.

Kreis Neuhaldensleben.

Die Hundesperrre ist aufgehoben.

In der letzten Woche ging verschiedentlich das Gerücht um, die vom Landrat angeordnete Hundesperrre sei aufgehoben. Wir weisen darauf hin, daß dies nicht trifft. Es ist vielmehr nach wie vor so, daß die für die Hundesperrre angeordneten Maßnahmen in Kraft sind und daß Beobachtungen gegen diese Anordnung bestraft werden. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, die Anordnungen genau zu beachten.

Neuhaldensleben. Einbruch. Zu der Nacht zum Sonnabend wurde in einem Hause in der Kolonie eingebrochen. Die Einbrecher suchten Schatzwaren und haben sie auch gefunden und mitgenommen. Von dem Täter fehlt jede Spur. Beobachtungen in dieser Sache nimmt die Polizei entgegen. — Die Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Bei Verwendung von Diamantine mit Sparsieb wird man nur leicht und gleichmäßig was der Auftrag für sie über das Sparsieb, um nur soviel Creme in die Bürste zu bekommen, wie zur Behandlung des Schuhwerks erforderlich ist. Ein Überfluß an Creme wird vermieden. Daher ist

Diamantine
mit Sparsieb
610 äußerst sparsam im Verbrauch und pacht schneller.

Der 22. Februar — der Tag der Hunderttausend.

Der Bürge.

Roman von Dr. H. Hall Greene.

(5. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Er erhob seine Hand, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und sprach:

"Männer und Frauen, wenn Ihr würdet, was ich das, was Ihr eben Gezeiget habt, bedenkt, Ihr kommt mir eine Sehnsucht nicht entgegen. Ihr würdet mir ja bin — eine Art Vorfahrt, der mir ein Mensch unter Menschen gewesen, sondern allein geworden ist sein ganzes Leben lang. Mein Vater wußte meine Rüste, und ich sprach, dafür meinen Vater zu töten. Ich tat es nicht, sondern rettete ihn bei einem Schiffsbrand, und er starb in meinen Armen. Ein andres Mal war an Stelle meiner Rüste und ein anderer Sohn an die meine getreten. Damals sah ich diesen mir jenes Sohnes willen zu töten. Auch dies konnte ich nicht ausführen, denn ich hatte meinen Feind nie zu Gefecht bekommen, ich habe nichts andres gelernt als bekannt, was ich zu tun befähigte."

"Es war dies eine Ungerechtigkeit, der man nirgends sonst als in Island begegnet kam. Das ist jetzt nicht so Gott befür. In jener Hölle, woher ich mich herkomme, wo alle Namen ausgelöscht sind, trat ich einen, der mein Freund wurde, mein Bruder, mein zweiter Sohn. Das fing an, ihm zu helfen, und er ließ mich, um meine Rüste machen. Ich half ihn für einen kalten Tag und holte mich wieder aus. Das fand ich sehr schade."

"Was ist weiterkommen?" rief er nach einer kleinen Pause, während keinerlei emotionale Stille herrschte. "Aber habe ich nicht hierhergekommen? Und kann erkennen ich, daß es Michael Sunlock ist. Der Mann, den ich zu erschlagen gekommen, ist der Mann, den ich zu retten verabscheue."

"Ja der Mensch könnte einige gute Dinge nicht mehr zu rechnen und leben kann freien Sohn."

"Soja hast Du ihn hierhergebracht?" riefen nun der Richter des Dorfes.

"Dagegen ist kein Vorwurf zu erheben. Aber, kommt er jetzt kommen werden kann."

Sieh, der Mann kommt zu mir. Sagt ihm!" schrie er den zwei Seiten von Kriwolit zu, die mit Greba gekommen waren.

"Halt!" rief der Richter, seine Hand erhebend, und die beiden, die schon vorgetreten waren, hielten sich zurück.

Da verzog Jorgensen seine Selbstüberhöhung vollständig und brüllte: "Ergeht ihm, sage ich!" Und rückt gegen den Richter wendend, rief er: "Weiß Herr, ich ziehe hier an Stelle des Königs von Dänemark, mit mir gehorcht werden."

Die Räuber traten wieder vor. Doch die Menge umringte sie und ließ sie zurück.

Jorgensen schwante vor Weiß. "Ihr werdet Greba Ratten doch noch hängen müssen. Sagt ihm gefangen! — nehmt sie beide fest!" rief er wie狂暴な manner und immer wieder.

"Dies ist das Althing," riefen nun der Richter wieder des Dorfes, und nach den alten Gesetzen Jælands, dürfen die Flüchtlinge ihre Sache hier vorbringen."

"Rat! Was gehen mich eure alten Gesetze an," schrie nun Jorgensen. "Im Namen des Königs von Dänemark befiehle ich Euch, jene Männer festzunehmen."

"Und ich," sagte der Richter, befehle Euch im Namen des Königs aller Könige, nun Rute zu geben."

Aber Jorgensen brach noch einmal los: "Ihr seid Richter, alle zusammen! Wenn keiner da ist, um diesen Feind des Dorfes gefangen zu nehmen, so will ich es selbst tun. Reicht zurück!"

Bei diesen Worten zog er seine Röhre aus seinem Gürtel, spannte den Bogen und erhob sie. Nun rückte sie in der Menge Geister befreit. Die Männer auf dem Berge magten sie nicht zu rütteln. Greba hatte sich über Michael Sunlock geworfen.

Siehe aber trotz ruhig einen Schritt vor, er verzog seine Lippen. Langsam erhob er die Hand, wies auf Michael Sunlock und rief: "Aber, wenn Ihr jemals ein Sohn brauchtet, so werden mich beide Eure in Stunde retten."

Greba kannte mich einen Jungenbild, wie ein Sohn zu rütteln.

"Roge heißt Du Michael Sunlock! Hierher gebracht?" fragte er.

Siehe jetzt einen Jungenbild, wie ein Sohn zu rütteln. Siehe jetzt ein Sohn, der mich seine Seele über mir offen hängt. Ich weiß, wer ich bin und woher ich komme. Ich bin

ein Isländer, und dies ist unser alter Gehegesberg, der heilige Boden unserer Väter seit tausend Jahren. In diesem Tage soll dieser Berg gleich dem Tore der Stadt in allen Zeiten sein, unter dem die Richter saßen, daß Boli zu richten. Derjenige, den sie durchlassen, soll frei sein und als unzulässig gelten, was er auch verbrechen habe. Sagt mir, ist es so oder nicht?"

"Ja ja!" schloß es aus taurigen Felsen.

"Dann, Richter von Island, Mitternachten und Brüder — Ihr fragt mich, wozu ich diesen Mann hierher gebracht? Seht seine Hand hier an" — und er hob Michael Sunlocks blutende Hand in die Höhe — "sie wurde mit einem Nagel durchbohrt. Seht auch seine Augen an. Sie sind durch häßliche Grausamkeit und verdamte Tyrannie geblendet. Was dieses Mannes Verbrechen auch sein mag — ich weiß es nicht —, welches Verbrechen aber verdient Strafe, die schlimmer ist als Drap und Hölle?"

"Keines, keines!" schrie die taurigenköpfige Menge.

"Dann, Richter von Island, Mitternachten und Brüder, zerdrückt mich Euch auf, diesen Mann von solchen Schädel zu erraten. Rettet ihn um seinetwillen, rettet ihn um Euremwillen, denn Er, der droben wohnt, schaut auf Euch herunter."

Er hielt einen Augenblick inne, dann schrie er: "Hört — hört nur!"

Ein dumpfes Rollen wie Donner lag sich hören. Es kam nicht aus dem Hinter, sondern aus der Erde Schoß.

Hört Ihr es? Es ist die Stimme, die erkönne, als diese alten Hügel sich bildeten, die Stimme des allmächtigen Gottes, der zu Euch spricht."

Jasons Stimme klanger sanfter, als er nun über das

zur ständigen Steuer für Kaufar (Grund-, Vermögens-, Hausrat- und Gewerbesteuern sowie Kanalgebühren) sind innerhalb 3 Tagen an die Steuerkasse zu zahlen, wenn nicht ausdrücklich Stundung von der Steuerfahne gewährt worden ist. Für Zahlungen, die nicht in dieser Frist geleistet sind, erfolgt Zwangsabziehung.

Stadtteil Aschersleben.

Aschersleben. Das städtische Rentnerheim ist so weit gebrechen, daß am Sonnabend Rücksicht gezeigt werden konnte. Alle beteiligten Arbeiter usw. — rund 120 — waren nach dem „Kaiserkof“ geladen worden. Vaurat Dr. Henn hieß die Festrede. Daraan kündigten sich weitere Ansprachen von Oberbürgermeister Willigmann, Zimmermann Breyer usw. Natürlich gab es auch leibliche Genüsse. — Die weiße Seuche. Auf die vom Wohlfeil, was veranstalteten Vorträge „Die weiße Seuche“ wird hingewiesen. Sie finden statt Dienstag und Mittwoch vormittag 11 Uhr und abends 8 Uhr im Stadttheater. Die begleitenden Vorträge hält Dr. Maehorn. Kinder und Unterstüzungsempfänger haben freien Eintritt. Sonstige Erwachsene zahlen 20 Pfennig.

Altmark.

Gardelegen. **Stadtverordneten-Sitzung.** Man ist es gewohnt, daß die Reaktionäre, wie in andern Orten, wo sie die Mehrheit haben, rücksichtlos davon Gebrauch machen und sich ein Präsidium wählen, das nach ihrem Geschmack ist, und in dem sie unter sich sind. So auch in Gardelegen. Die Herrschaften müssen sich auf die schärfste Opposition gefaßt machen. Mit welcher Überlegenheit die Reaktionäre auftreten, zeigte sich gleich, indem sie vom Magistrat verlangten, er solle ihnen die Gewerbesteuer, für die die Aufsichtsbehörde wegen eines Formfehlers eine nochmalige Beschlusssatzung verlangt hat, bis in das neue Staatsjahr stunden, und dann wollten sie noch einen Monat Zeit haben für das neue Jahr, ehe sie die Steuern für das neue Jahr bezahlen könnten. Von unsrer Seite wurde natürlich sofort der Antrag gestellt, daß dann den Arbeitern die Hausratsteuer gestundet werden müsse. Der Bürgermeister hatte Mühe und Not, die Rechtsvertreter davon zu überzeugen, daß sie im Begriffe seien, sich wieder einmal unsterblich zu blamieren. Sie wollen keine Güter neben sich dulden, sie möchten am liebsten auch die Rechte des Magistrats noch übernehmen, indem sie dem Magistrat vorstellen wollen, wer von den Polizeibeamten in die höhere Gehaltsstufe eingruppiert werden soll. Sie müssen sich vom Genossen Möller manche kleine Schmeichelei sagen lassen, der im Namen unsrer Fraktion für die Bewilligung der Mittel sprach. Zur Annullierung am Kleinbahnhof sprach der Vorsteher die Bitte aus, der Magistrat möge, nachdem nur Ausicht auf eine Umliehe besteht, die Angelegenheit beschleunigen. Jetzt wird den Herrschaften angst, nachdem sie die allgemeine Stimmung in ihrem Lager über ihren letzten Besuch erfahre haben. Hoffentlich halten diese Kreise an ihrem Werturteil fest und geben den Herren die richtige Quittung bei der nächsten Wahl. Die Verlängerung der Laufzeit für den Maurermeister Hinrichs, der Verlauf eines Bauplatzes an Dr. Ayle, ferner die Anstellung des Studienassessors Dr. Nebel als Studentenrat und die nachträgliche Genehmigung zum Erwerb und Ankauf des Mechanischen Grundstücks wurden im Sinne der Magistratsvorlagen erledigt. Genosse Eigmund beantragte, am Altersheim eine Lampe anzubringen. Eine kleine Debatte gab es noch auf ein Schreiben der Ortsausschüsse, in dem der Ausschuß darüber Beschwerde führt, daß der Magistrat die Kasse als nicht gemeinnützig bezeichnet habe. Genosse Constabel nahm gegen das Verhalten des Magistrats energisch Stellung und wurde dabei vom Genossen Möller unterstützt.

Gardelegen. Die Ortsausschusssitzung war gut besucht. Nachdem Bartels den Kassenbericht gegeben hatte, schritt man zur Vorstandswahl, welche folgendes Ergebnis hatte: Vorsteher Hermann Gade, Stellvertreter Wilhelm Möllmann, Kassierer Friedrich Bartels, Schriftführer Wilhelm Müller, Beisitzer Richter und Richter. Eine längere Debatte rief die Frage der Erwerbslosen her vor. Alle Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß das Vorgehen der Regierungsstellen in der Form, wie es jetzt geschieht, nicht weiter bestehen darf. Es soll versucht werden, durch die maßgebenden Instanzen zu einer Abhilfe zu kommen. Der Vorstand soll in seinen Maßnahmen die weitgehendste Unterstützung der Kollegen erhalten. Darauf wurde ein Bericht von der Streiflage bei der Firma C. Koch gegeben, der die unsinnigen Gerüchte, die von Interessen gegen die Arbeiter in die Welt gesetzt werden, widerlegte. Auch hier wurde den Kollegen, die sich in einem gerechten Kampfe befinden, die weitgehende Unterstützung und Billigung des Streites ausgesprochen.

Gardelegen. Zum Konopsmacherstreit. Es werden in der Stadt immer wieder falsche Gerüchte über den Streit verbreitet, z. B. daß sich der Streit gegen den Werkmeister der Firma C. Koch richtet. Das muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Der Streit wird nur geführt um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Helfen wollten wir noch, daß sämtliche Aufwandspreise 25 bis 35 Prozent niedriger sind als vor dem Kriege, dagegen alle Warenpreise ungefähr 40 Prozent höher. Nun kann die Bevölkerung selbst urteilen, ob der Streit gerecht ist oder nicht. — Sozialdemokratische Partei. Am Mittwoch den 28. Januar, abends 8 Uhr, findet unsre Generalversammlung in der „Neuen Welt“ statt. (Vereinszimmer) Die Tagessordnung ist reichhaltig: Abrednung, Jahresbericht und Wahl des Vorstandes. Außerdem hat der Genossen Dietmann (Salzwedel) seine Eröffnungen zugesagt; er wird uns die Wege zeigen, wie wir erfolgreich für das arbeitende Volk kämpfen können. Genossen und Genossinnen, ihr müßt euch fester denn je zusammenziehen, denn gerade in Gardelegen haben sich alle reaktionären Schichten der Bevölkerung zusammengefunden, um die Arbeiterschaft politisch und wirtschaftlich zu entkräften. Wir müssen die Parteiorganisation ausbauen, damit wir die kommenden Kämpfe siegreich beenden können. Genossen, erscheint vollzählig in der Versammlung.

Salzwedel. In der Generalversammlung des Parteidienstes legte Genossen Dietmann Rechenschaft ab über das Wirken der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Nach Ansicht der Bürgerlichen sollten wir nur mit drei bis fünf Mandaten in das Stadtparlament einzehen. Dank der tüchtigen Arbeit konnten wir acht Mandate erobern. Die Absicht der Bürgerlichen, ihre Mehrheit auszuüben, um die Sozialdemokraten an die Wand zu drücken, änderten wir durch unsre sozialdemokratische Opposition bald. So ist es zu erklären, daß wir mehr erfreuliche Ergebnisse unserer kommunalen Tätigkeit zu verzeichnen haben, als es unsrer Fraktionsstärke noch möglich erschien. Bei der Frage der Errichtung der Luftharbeitsstätte für die Lichtspielhäuser vertraten wir den Standpunkt, daß eine Errichtung, vielleicht sogar Steuerfreiheit, nur dann eintreten dürfe, wenn die Kinos dem Publikum künstlerisch und kulturell wertvolle Stücke bieten würden. Nach anfänglichem Sträuben der Einheitslistler konnten wir unsre Auffassung durchsetzen. Der Hörersteuer, die der Stadt voraussichtlich 5- bis 6000 Mark einbringen dürfte, stimmten wir zu, weil wir uns von ihr eine gute erziehliche Wirkung versprechen. Bei der Frage des Schulbaues hatte der Magistrat die Einziehung von sechs Schulstellen empfohlen. Durch unsre Protest erreichten wir wenigstens, daß der Abbau auf vier Schulstellen beschränkt wurde. Auf dem Gebiet der jugendlichen Fürsorge konnten wir manches tun für die Witwen, die Invaliden und die Kriegsbeschädigten. Die Bereitstellung von Kohlenkrediten für Kinderhemmedite geschah auf unsern Antrag. Wir erreichten eine Teilung der ständigen und nichtständigen Haushalte. Wir machten unseren Einfluß geltend bei der Einordnung der städtischen Beamten und Arbeiter in die verschiedenen Gehaltsgruppen. Die Beitergabe unsres Protestes wegen der neuen Beamtenbesoldung

war der dritten Steuerkotverordnung an Reichsregierung und Parlamente scheiterte am Widerstand der Einheitsliste. Wir traten für die Herabholung von neuen Industrien ein, um den Arbeitern mehr Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Gegen anfängliche Bedenken von bürgerlicher Seite gelang es uns, eine Sitzungsschrift nach Salzwedel zu bringen. Wir traten der bisher geübten Bodenpolitik des Magistrats entgegen. Städtisches Eigentum an Grundbesitz soll möglichst der Stadt erhalten bleiben. Für aber ein Betriebs unumgänglich notwendig, so soll die Stadt durch billige Preise und Sicherungen dem Bodenwucher entgegenarbeiten, z. B. durch Erbbauverträge. Im gemeinsamen Wohnbau sieht Salzwedel mit unter den fortschrittlichsten Städten darunter Arbeit. Die Mietter-Spar- und Baugenossenschaft ist unte Gründung, und auch die Genossenschaft Eigenheim verdankt unsrer Unregung ihre Entstehung. Die Bereitstellung der Baukredite ist unser Vorgehen zu verdanken. Großen Erfolg hatten wir in der Angelegenheit des Ortsvereins. Ungefähr schuldet dieser der Stadt 17 730 Mark. Wir sind weiterhin ernstlich bemüht, in die sehr verworrene Angelegenheit Klarheit zu schaffen. Unser streng sachliches Arbeiten im Stadtparlament hat uns auch in bürgerlichen Kreisen Sympathien erworben. Hoffen wir, daß diese Anerkennung aus bürgerlichen Kreisen so wächst, daß uns recht viele Stimmen bürgerlicher Wähler bei der in diesem Jahre bevorstehenden Neuwahl der Stadtverordneten zufallen. Nach dem Gesetz und Kassenbericht schrift die Versammlung zur Neuwahl des Vereinsvorstandes. Einstimming wurden gewählt: Garz als 1. Vorsitzender, Böttcher 2. Vorsitzender, Dietmann Kassierer, Göthe 1. Schriftführer, Möller 2. Schriftführer und Förster, Frieda Mohr, Gräbner, Müßfeld als Beisitzer. Am 5. März wird auf Unregung der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Studienassessor Philippson einen Vortrag über „Proletarierkind und Kindergartenarbeit“ halten.

Tangermünde. ■ Öffentliche Volksbücherei

Knobelschulhaus Lindenstraße. Geöffnet Mittwochs 4-6 Uhr.

Salzwedel. **Ortsausschusssitzung.** Der Vorsteher ersuchte die Delegierten, in ihren Versammlungen eine rege Propaganda für die Volksfürsorge zu entfalten. Kollege Berger erklärte sich bereit, vorläufig diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Zur Arbeitslosenfürsorge setzte eine lebhafte Debatte ein. Die Verordnungen, die die Regierung in der letzten Zeit erlassen hat, haben eine große Erbitterung bei den Arbeiterschaften hervorgerufen. Die Delegierten sprachen sich dahin aus, daß die politische Vertretung der Arbeiterschaft im Reichstag ganz energisch gegen die Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge protestieren muß. Kollege Dietmann gab hierbei noch bekannt, daß es ihm im Magistrat gelungen ist, für die städtischen Arbeiter, die nicht ständig beschäftigt sind, die Bezahlung der Weihnachtsfeierstätte herauszuholen. Da unter den nichtständigen Arbeitern bei der Stadt der größte Teil unorganisiert ist, wurde beschlossen, in kurzer Zeit die Arbeiter zu einer Versammlung einzuladen, um sie auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Über die Kohlenversorgung gab Kollege Dietmann den Delegierten Auskunft. Bis auf einige kleine Mängel ist die Belieferung zur Zufriedenheit ausgefallen. Der Kredit von der Stadt für die Kohlenversorgung läuft am 1. April 1925 ab. Er soll auf Antrag verlängert werden, um in nächsten Winter die Kohlenversorgung für die Mitglieder restlos durch den Ortsausschuß zu ermöglichen. Die Delegierten müssen die Kassierer, soweit sie noch nicht abgerechnet haben, veranlassen, das so schnell als möglich nachzuholen.

Stendal. Eine wichtige Funktionssitzung der Partei findet am Freitag den 30. Januar, abends 8 Uhr, im Raum des Parteisekretariats statt. Alle Funktionäre und Mandatsträger müssen erscheinen.

Tangermünde. Der Betrieb des Krankenhauses, welches vor einigen Jahren von der Stadt an den Kreis verpachtet wurde, wird spätestens am 1. April 1926 wieder von der Stadt übernommen. Die jetzt in ihm untergebrachten Siechen und Erholungsbedürftigen sowie die Kreis-Kinderkrippe sollen bis dahin ein neues Heim haben. Die Mittel hierfür sollen in den nächstjährigen Etat des Kreises eingestellt werden. Der Kreis bemüht sich, einen passenden Platz für diese Wohlfahrtseinrichtung zu finden. Die Stadt Tangermünde hat ein sehr großes Interesse daran, diese Einrichtung an Orte zu behalten. Die städtischen Bürgerschaften haben vor einiger Zeit dem Kreis ein etwa zwei Wogen großes Gelände, unmittelbar vor den „Tannen“ gelegen, angeboten. Ein günstigerer Platz ließe sich nach unserer Meinung wohl kaum finden. Beider hat eine Kommission, die vor einigen Tagen hier weile, diesen Platz abgelehnt. Die Stadt wird aber weiterhin alles tun, um sich mit dem Kreis zu einigen. Eine eigens dazu gemachte Kommission soll das Weitere veranlassen. — Um den Wohnungsmangel am Ort zu verhindern, beabsichtigt die Stadt, eine größere Anleihe aufzunehmen. Es ist der Bau von etwa 30 Wohnungen geplant. Es sollen Baulustige zu einem niedrigen Zinses Darlehen erhalten, um dadurch die Bautätigkeit zu fördern. Da die Hausratsteuer nicht die notwendigen Mittel zur Finanzierung des Wohnungsbauausbringens bleibt kein anderer Weg mehr übrig, als öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Stadt wird wahrscheinlich auch selbst als Bauherr auftreten. Es ist geplant, Häuser zu errichten, in denen vier und mehr Familien unterkommen können.

Kreis Stendal.

Berkehrsstrafen im Kreis Stendal.

Auf Veranlassung des Kreisausschusses hat fürzlich eine Interessentenversammlung stattgefunden, welche sich mit dem Bau einer Chaussee von Hämerten bzw. Storlau nach Stendal beschäftigte. Das Bestreben einer jeden Gemeinde geht selbstverständlich dahin, möglichst gut an das Straßennetz angeschlossen zu sein. Die Behörden des Kreises sowie die wichtigsten Orte des Verkehrs und der Wirtschaft sollen jedem Landbewohner möglichst bequem zugänglich gemacht werden.

Hierbei möchten wir dem Kreisausschuss anheimgeben, auch den südlichen Teil unsres Kreises seiner Beachtung zu widmen. Die berechtigten Klagen der Elbörfer Bittkau und Grieben über die schlechte Chausseeverbindung mit Tangermünde sind auf der letzten Kreistagsitzung allgemein anerkannt worden. Es handelt sich hier in erster Linie um den Bau einer Verbindungsstraße zwischen Grieben und Schellendorf. Diese Wegstrecke ist bei nasser Witterung grundlos und schwer zu passieren. Wir empfehlen dem Kreisausschuss, auch in diesem Falle die Einberufung einer Interessentenversammlung veranlassen zu wollen, welche sich näher mit diesem Projekt befassen kann.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Kreis Salzwedel.

Nameraden, rüsst zum Bundesfest am 22. Februar. Am Sonntag den 1. Februar, vormittags 11 Uhr, findet eine wichtige Vertreterkonferenz des Kreises in Schönebeck, das Gesellschaftshaus, Hermannstraße, statt. Jede Ortsgruppe des Kreises muß vertreten sein. Frei Heil!

*

Gardelegen. Die Abteilungs- und Gruppenführer werden gebeten, am Dienstag abends 8 Uhr in der „Neuen Welt“ zu erscheinen. Da es sich um wichtige Sachen handelt, ist das Erscheinen eines jeden Pflicht. Soweit die Stellvertreter führen und müssen diese erfüllen.

Aus den Gerichtssälen.

Wenn die Liebe erwacht!

Ein alter Mann mit langem, weißem Bart irrt liebevoll auf den Straßen umher und kehrt schließlich in einer Konditorei auf dem Johanniskirchhof ein. Dort fand er Erfüllung seiner Sehnsucht. Drei junge Mädchen sagen plaudernd an einem Tische, die er zu sich einlädt. Kaffee wurde getrunken, Schlagsahne geschleckt und Korte gespeist. Kurzum: Es war schön. Als es in der Konditorei langweilig wurde, zogen die Drei, der Alte und die beiden jungen hübschen Mädchen, zum „Römer“. Drei flächige herrliche Decken brachte die kleine Gesellschaft in Stimmung. Der Alte wurde gärtlich, die Mädchen waren entzückt. Auf nach Wohl! Hier wieder Kaffee und Schlagsahne. Weil aber der Kellner den Weißbartigen darauf aufmerksam machte, daß seine Gärlichkeit doch hier im Lokal nicht am Platze wären, brachen die Drei wieder auf und suchten abermals ein Weinlokal auf. Eine Glasche Wein mußte getrunken werden, dann ging es heimwärts. Die beiden jungen Mädchen halten den Alten unter und zogen mit ihm los. Am alten Brücktor wurde an der Pfeife hältgemacht, der Alte herziglich abgeführt und sonstige Tollheiten wurden getrieben. Straßenpartanten wurden auf die seltsame Gesellschaft aufmerksam und beobachteten sie.

Als eins der Mädel wieder einmal dem Alten einen herzhaften Knuff gab, soll sie dabei zufällig in die Tasche des Mannes gesetzt haben und dann mit ihrer Freundin ohne Abschiednehmen wegelaufen sein. Als Besitzer den alten Mann fragten, ob er vielleicht etwas vertrübe, stellte er fest, daß seine Tasche gefüllte Briefe in die verschwunden waren. Es wurde sofort die Verfolgung der beiden Mädel aufgenommen, die Polizei benachrichtigt und sofort in der Wohnung des einen Mädels eine Haussuchung vorgenommen, die aber ohne Erfolg blieb.

Der Staatsanwalt hielt die beiden Mädel, die sich wegen Diebstahls vor dem Einzelrichter zu verantworten hatten, für schuldig und beantragte je 3 Monate Gefängnis. Der Einzelrichter sah Lücken in dem Indizienbeweis und sprach beide Angeklagten nach dringenden Verhandlungen frei. Der weißbartige Alte mußte sein Liebesabenteuer mit dem Verlust eines hohen Geldbetrages büßen. Ob die Geschichte so viel wert war?

Bechpresserei.

„Wer seine Schulden bezahlt, vermehrt seine Güter.“ So heißt ein altes Sprichwort. Der Kaufmann Fritz Leischke denkt aber anders. Er macht Schulden und bezahlt sie lieber nicht. So verbrachte er wieder einmal einen genügsamen Abend in einer Kneipe, zog tückig und verschwand ohne zu bezahlen. Wegen Bechpresserei stand er vor dem Einzelrichter, der ihn zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte. Die eingelegte Verurteilung hatte den Erfolg, daß die Strafe auf drei Monate Gefängnis herabgesetzt wurde, da Leischke inzwischen seine Schulden bei dem Wirt bezahlt hatte. Das Strafmaß ist so hoch, weil der Angeklagte auf diesem Gebiet schon eine gewisse Routine besitzt und schon des öfteren mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht hatte.

Der übliche Fahrraddiebstahl.

Der Arbeiter Köppel „stand“ am 25. August auf dem Hof eines Hauses des Breiten Weges ein „herrliches“ Fahrrad, schwang sich darauf und verschwand. Im Knochenhauerfuß traf er seinen Freund Beinert, von dem er sich Ausweispapiere geben ließ und damit das Rad zu verkaufen suchte. Der Fahrradhändler war aber vorsichtig, zahlte dem jungen Menschen nur eine kleine Summe aus und wollte den Kasten aushändigen, sobald die Eltern des Köppel in den Verlauf des Rades einwilligten. Köppel zog es vor, die restierende Summe gar nicht mehr abzuholen und gab von der Auszahlung seinem Freunde Beinert einen Monat, Beinert wegen Begünstigung zwölf Monate Gefängnis zudiktieren.

Widerstand im Zuhörerraum.

Die Zuhörerräume der Gerichtssäle weisen in der Zeit der Arbeitslosigkeit eine reichliche Fülle von Besuchern auf. Das ist durchaus verständlich. Die Arbeitslosen suchen während der kalten Jahreszeit irgendwo eine Aufenthaltsstätte, wo möglichst der lange Tag schnell vorübergeht. Ob es nun gerade angenehm ist, sich dazu gerade bei Gerichtssaal auszusuchen, ist eine andre Sache. Mitunter sind die Verhandlungen Tragödien menschlichen Unglücks, erschütternd und erregend.

Als wieder einmal der Zuhörerraum überfüllt war, so daß kein Sessel mehr zur Erde fallen konnte, verlangte eine junge Dame unbedingt noch Einlaß. Der diensthabende Wachtmeister mochte die Besucherin darauf aufmerksam machen, daß sie wieder hinausgehen müsse, da kein Platz mehr vorhanden sei. Der Aufforderung kam sie nicht nach, folgte auch nicht dem Befehl des Wachtmeisters, den Saal zu verlassen. Als der Wachtmeister Gewalt anwendete, leistete das junge Mädchen Widerstand und sagte dem Wachtmeister: „Pfui, die Beamtin!“

Wegen Widerstandes und Beleidigung stand deshalb die Apothekengesellin R. vor dem Einzelrichter, der die Angeklagte zu 60 Mark Geldstrafe verurteilte.

Die Angeklagte wollte den Verhandlungen eines Verwandten beiwohnen, gehörte also nicht etwa zu den ständigen Besuchern in der Gerichtssäle. Das ist ja auch das Leben. Besucher, die wirtschaftliche Interesse an einer bestimmten Verhandlung haben, können daran nicht teilnehmen, da die Arbeitslosen schon in den ersten Verhandlungsstunden sämliche Plätze besetzen.

Ein gefährlicher Kindererzieher.

Dreißigjähriger R. R. ist aus § 175 des Strafgesetzbuchs bereits mit 3 Monaten Gefängnis vorbeigeschritten. Im Juni unterwarf R. eine Kneipour und stieß dabei in der Moltkestraße auf drei Schuljungen, die er nach der nächsten Kneipe fragte. Die Jungen zeigten ihm den Weg und folgten auch seiner Einladung, mit in das Restaurant zu kommen. Hier schenkte er erst den drei Jungen je eine Tafel Schokolade und bewirte sie dann noch mit Bier und Wein. Die Jungen aßen und tranken.

Der R. hatte dabei aber eine andre Absicht. Seine Veranlagung kam zum Durchbruch und er beging mehrere mal unfallige Handlungen an einem 18jährigen Schüler. Eine Frau, die den Vorgang beobachtet hatte, gab der Polizei Nachricht, die dann den R. rüttigte.

Vor dem Schöffengericht kann sich der Angeklagte auf nichts mehr befinnen. Er will total betrunken gewesen sein. Die Zeugenvernehmung ergibt aber ein ganz systematisches Handeln des Angeklagten, so daß er nach § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Rätselhafter Haarwuchs

wurde in vielen Fällen nach Anwendung der Silbitrin-Haarfarbe, selbst bei längst erfolgter Erfahrung, beobachtet. Ja es wurden sogar Fälle bekannt, daß der Haarschwund nicht nur wie beabsichtigt behoben wurde, sondern sich übermäßig Haarfülle danach einstellte. Diese rätselhafte Kraft ist nämlich in unserem eigenen Haar verborgen, das aufgelöst und vorgetragen. Erzählen Sie auf einer Postkarte, unter Angabe Ihrer genannten Adresse, den Silbitrin-Bericht G. m. b. H. Berlin SW 231, Alleganienstraße 26, um Zusendung der Silbitrin-Schriften, worauf Sie alles kostenlos erhalten.

Rätselhaft: Magdeburg. Victoria-Apotheke. Otto von Guericke-Straße 14.

Zum Naturfreunde-Konflikt.

Aus den Reihen der Naturfreunde geht uns folgende Erklärung zu:

Zu der Freitag-Nummer der „Roten Fahne“ findet sich eine Erklärung des „alten Gauvorstandes“, der sich weiterhin als „rechtmäßig gewählt“ betrachten möchte und somit den Konflikt auf die Spitze treibt. Es verlautet dort:

Wir erheben gegen die unbegründete Auflösung des Gau Brandenburg durch den Vollzugsausschuss des T. V. „Die Naturfreunde“ Protest und erklären, daß wir die Einheit der Arbeiter-Wanderbewegung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Die alte rechtmäßig gewählte Gauleitung wird ihre Funktion weiter ausüben. Nähtere Mitteilungen werden an die Funktionäre der Ortsgruppen demnächst.

Dann folgen als Abresen für den Obmann Emil Jensen, Kassierer Erdwin Holzgräbe und Schriftführer Artur Laube. Gezeichnet ist diese dumfache Darstellung von dem bisherigen Obmann Emil Jensen im Auftrage der Gauleitung.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Gauleitung in der alten Form laut Beschluss des Zentralausschusses nicht mehr besteht. Lediglich einige Funktionäre wurden mit der Fortführung ihrer Geschäfte betraut, die oben erwähnten jedoch nicht. Die Genannten haben daher in keiner Beziehung noch ein Recht, im Auftrage des T. V. d. N. irgendwelche Geschäfte zu erledigen. Vor einer Annäherung an diese Gruppe der Störenfried sei deshalb gewarnt, da sie lediglich die Geschäfte einer politischen Partei, nicht aber die der Naturfreundebewegung besorgen.

Im Auftrage des Zentralausschusses des T. V. d. N.
Adolf Lan.

*

Fichte Berlin immer noch ausgeschlossen.

Wegen absichtlicher Schädigung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes wurde vor einigen Wochen der Vertreter der Moskauer Sportinternationale, Bruno Lieste (Berlin), aus dem Bund ausgeschlossen. Der Turnverein Fichte Berlin, der diesem Beschluss nicht nachkam, wurde deswegen gleichfalls aus dem Bund ausgeschlossen. Als dann Lieste es vorzog, doch von selbst zu gehen, um „die Einheit des Bundes nicht zu gefährden“ (wer lädt da?), stellte Fichte Berlin wieder einen Aufnahmeantrag an den Bund. Damit befahlte sich eine Vorstufenbildung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, die folgenden Beschluß läßt:

Fichte kann erst dann wieder Bundesmitglied werden, wenn der Verein Lieste ausdrücklich, die Einheitserhaltung 4 des Bundesstages in Kassel 1924 förmlich anerkannt und in Zukunft danach handelt. Hat der Verein bis zum Kreistag diese Bedingungen nicht erfüllt, kann er nicht am Kreistage teilnehmen.

Diese Beschlüsse wurden mit allen gegen eine Stimme gefasst.

Derneuer wurde nochmals gegen zwei Stimmen beschlossen, daß Mitglieder unseres Bundes nicht zugleich fähige Mitglieder der Roten Sportinternationale sein dürfen.

Das bedeutet, daß Fichte Berlin nach wie vor außerhalb des Arbeiter-Turn- und Sportbundes steht und nicht eher wieder aufgenommen werden kann, bis Fichte Berlin Liests Ausdrücklich bestätigt und weiter sämtliche Mitglieder ausschließt, die aktif für die Moskauer Sportinternationale arbeiten, also für die Spaltung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes wirken. —

*

Die Arbeiter-Radfahrer.

Ein wichtiges Glied in der Arbeiter-Sportbewegung bildet der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, der aus äußerst kleinen Anfängen heraus zu einer mächtigen Organisation emporgewachsen ist. 1896 ist das Gründungsjahr der „Solidarität“.

Es war keine große Schar, die sich die Aufgabe stellte, die radspottreibenden Arbeiter in eigener Organisation zusammenzuführen. Um so größer war aber die Begeisterung der 300 Arbeiterradfahrer im ganzen Deutschen Reich, die als Gegner der damals schon 10 000 Mitglieder zählenden Radfahrer-Union und dem etwa 45 000 Anhänger zählenden Deutschen Radfahrerbund gegenüberstanden. Die Entwicklung spießt sich in dem monatlich-hohenzollernischen Staat ebenso ab, wie bei all den übrigen Organisationen, die das Wort „Arbeiter“ in ihrem Vereinsnamen führten. Der Weg war steinig, aber er wurde begangen, trotz der Tausende von Gegnern, die mit erbittertem Hass die junge Organisation belämmerten. Der Wille der Arbeiter war stärker als Schikanen und Härtelser der damals heranzehenden Klasse. Und heute im Jahre 1925 können die Gründer auf die stattliche Zahl von 6 000 Vereinen mit über 350 000 Mitgliedern zurückblicken. Das ist ein Erfolg, den selbst die damals fähigen Genossen nicht erhofft hatten.

Besonders werthvoll in dieser die Tatsache, daß der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ die größte radspottreiche Vereinigung der ganzen Welt ist und alle übrigen in Deutschland bestehenden bürgerlichen Radfahrerorganisationen insgesamt längst überflügelt hat. Die „Solidarität“ beruft heute in Mannheim ein eigenes, prächtiges Bundeshaus, außerdem besitzt das Jahrtausend „Solidarität“, das in allen Städten führen hat — in Magdeburg sogar drei — die billige und günstige Vermietung wußtlich guter Fahrzeuge. Um auch den Radfahrern proletarische Kultur, die notwendige sozialistische Bildung, Klassenbewußtsein und Sozialaufgaben zu vermitteln, gibt der Bund allgemein den „Arbeiterkulturfonds“ heraus, der jeden längst keinen Platz unter den Zeitungen des Bourgeois befehlt hat.

Zu hinzufügen wäre, daß jeder Arbeiter, der Interesse für Radsport hat, sich dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ anschlägt und damit die Rechte des fahnenbewehrten Proletariats fördert. —

*

Der Fußballsport in Österreich.

Der österreichische Fußballsport befindet sich zurzeit in einer Krise, deren Höhe und Auswirkung von der Sportkreise einzugs bestimmt wird. In Österreich liegen die Verhältnisse fast ausschließlich, als es dort einen gesonderten Arbeitersportföderation gab, was in ganz geringem Maße gilt. Die dem Fußball huldigende Arbeiterschaft wird daher in diesen Stand verhakt. Gegenüber der Trennung der auf dem Boden des Arbeitersportes stehenden Vereine von den Bürgerlichen und Konservativen war noch lange Zeit darum zu kämpfen, ob der Arbeitersportföderation oder dem Arbeitersportbund die Arbeiterschaft gehörte. Diese Trennung ist jetzt vollzogen und somit die Arbeiterschaften in Österreich in jüngster Zeit in einer Trennung und Zersetzung versunken.

In dieser kurzen Zeit ereignete sich nun der dritte Teilsieg. Drei französische Arbeiterschaften fielen unter Sportföderation zum Opfer. Darauf über konzentriert sich die bald lichtende, bald lächerliche Verleumdungen von Spieleren im erledigten Spiel. Die Krise liegt darin, daß die Tatsack nach dem Teilsieg und nach dem Sieg um jeden Preis jede Arbeiterschaft aus der Gesellschaft und den Rechten der Bürgerlichen verstoßen liegt. Fünfzehn, dreißig, vierzig Arbeiterschaften werden von den Rechten „geräumt“, große Arbeiterschaften werden von den Rechten „geräumt“, große Arbeiterschaften werden von den Rechten „geräumt“. Diese werden getrennt, weil mit sie die großen Reichen des erledigten Arbeiters auf den eigenen Plätzen.

So entstehen Zustände, die nach und nach den ganzen Fußballsport in Misstrauen bringen müssen.

Die Wiener Arbeiterfußballer hielten nun fürztlich eine Vollversammlung ab, die sich mit diesen Unzuständen beschäftigte und in der einstimmig beschloßen wurde, die baulige Trennung vom ehemaligen Fußballverband einzuleiten. Der Fußballsport muß ein Teil der sozialistischen Kultur werden und der allgemeinen Erziehung der Volksgegendheit dienen, wenn er nicht dem vollkommenen Verfall entgegengehen soll. Gegen den bürgerlichen Geschäftssport und die Professionalmeisterschaften wurde in schärfster Weise Stellung genommen. Die Trennung vom bürgerlichen Sport dürfte bis zum Frühjahr vollzogene Datums sein.

Diese Vorgänge erhalten noch dadurch ein allgemeines Interesse, daß in Österreich — gleich in Russland — der Versuch unternommen wurde, den gekannten Sport in einem Universalverband zu organisieren. In beiden Fällen ist dieser Versuch mißglückt. Die russischen Fußballspieler haben seinerseits in Deutschland gezeigt, daß sie noch rein bürgerlich eingestellt sind, mühten sie doch ständig überwacht werden, damit sie keine Spielabkommen mit Bürgerlichen treffen, über die sie schon vorher von Russland aus verhandelt hatten.

In Österreich wurde nach dem Kriege von den Arbeitern und Soldatenräten eine Organisation für Fußball begründet, der „Vas“, der seitdem in engster Verbindung mit der sozialistischen Partei steht und dem die übergroße Mehrzahl der Sportler angehört. Dieser „Vas“ bildet mit den rein bürgerlichen Vereinen, ja sogar mit den Berufsspielern einen „Einheitsbund“. Nun ist die Überzeugung allgemein geworden, daß dieser Einheitsbund eine schwere Gefahr für den proletarischen Sport bedeutet. Die „Freie Sportwoche“, das Sportorgan des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, nimmt zu dieser Frage Stellung und schreibt u. a.:

Der Auflösungsarbeits unserer Grossen ist schon manche Breche gelungen. Nun mehr scheint die Zeit heranzureifen, daß die große Weisheit der österreichischen Fußballspieler die endgültige Trennung von den Bürgerlichen vollziehen wird. Die österreichischen Verhältnisse enthalten aber auch viel Nachdenkliches für uns, denn im deutschen bürgerlichen Lager sieht es bei der „Liga“ nicht viel besser aus. Aufgabe unserer Funktionäre und aller wirklich überzeugten Arbeitersportler muß es sein, den Fußballsport immer mehr zum Völker-Sport in unserem Sinne zu machen.“ —

Große Sporthallen-Lotterie

der Dresdner Arbeiter-Sportler.

1. Hauptgewinn: 1 komplette Dreifahrer-Einrichtung 1500.— Mf.
2. Hauptgewinn: 1 Motorrad (2 1/2 PS) 1000.— Mf.
3. Hauptgewinn: 1 Schafstimmer 500.— Mf.

Insgesamt 1000 Gewinne im Wert von

10 000 Mf.

Preis des Loses 1.20 Mf. Behörlich genehmigt.

Losse sind in der durch Poststempel kennlich gemachten Geschäftsstelle sowie in der Buchhandlung Soltzkirche in Magdeburg zu haben.

Die Serienspiele.

Trotz des schlechten Wetters fanden in Magdeburg zwei, Serienspiele von den angekündigten dreien statt. Das Hauptspiel sah nach dem Spiel Eintracht Süd gegen Sturm 07 in Leipzig. Die Eintrachtmannschaft war in außerordentlich guter Verfassung und machte es dem Gegner recht schwer. Trotz eines Selbsttors konnte Eintracht sogar den Kampf bis kurz vor Schluss mit 3:2 führen, lag dann nach und Sturm konnte somit noch einen Punkt retten. Den Sieg hätte Eintracht verdient.

Das zweitstärkste Spiel sollte Borussia mit Bacher Magdeburg haben. Die Gäste erschienen aber nur zur Hälfte. Für eine einheimische Mannschaft ein trauriges Zeugnis. Die Punkte gehen kampflos an Borussia.

V. f. B. kämpfte gegen Sturm Niederradoleben und konnte nur ein Unentschieden von 3:3 nachdem es erst 3:2 führte, heranzehlen.

Ju. V. f. B. wollten die Magdeburger Sportfreunde und hatten gegen den Spartenverein der Nordgruppe V. f. B. zu kämpfen. Einem kleinen interessanten Kampf begegneten die beide Mannschaften, bei dem die Gäste mit einer Niederlage von 2:0 nach Hause gehen mußten. Halbzeit 1:0. Die Punkte werden V. f. B. die Gruppenmeisterschaft und aller Beweislast nach und den Bezirksmeister sichern.

Eine Überraschung brachte uns Borussia Schönebeck; konnten er doch nur ein Unentschieden von 2:2, 2:1 gegen Sportklub Burg erringen.

Eintracht Wolmirstedt siegte über Fichte Osterode mit 3:0.

Sportfreunde Magdeburg I gegen Ballspielladen Burg I (0:2, 0:1 etc. 4:0). Eine traurige Lage zu bewältigen kam für den Gastgeber sich auf dem Spielfeld beide Spartenvereine der Ostsee. Beide spielen ein vollendetes Spiel und sind nur durchsatzfähig. Alles durch die jüngsten Spieler hat V. f. B. ein Plus vor den Sportfreunden vorzu, die auch durch Schnelligkeit einen einwandfreien Sieg errangen. An die 20 Minuten minutierte den weiten, aber nicht ganz vielzähligen Platz, als Toller (V. f. B.) das Spiel antritt. Sofort fällt ein kostbares Pauspiel ein, und ob siegt das Peder. Dort wie hier gespielte Romantik vor dem Tor. Eine sehr gute Vorlage des M. Ballspiellads nimmt R. auf, doch Führung geht nicht mehr an den Spartenverein. V. f. B. kann durch einen schnellen Strafstoß wieder aufholen. Doch wieder kommt der Toller und zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 18 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 19 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 20 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 21 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 22 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 23 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 24 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 25 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 26 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 27 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 28 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 29 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 30 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 31 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 32 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 33 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 34 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 35 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 36 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 37 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 38 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 39 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 40 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 41 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 42 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 43 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 44 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 45 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 46 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 47 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 48 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 49 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 50 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 51 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 52 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 53 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 54 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 55 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 56 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 57 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 58 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 59 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 60 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 61 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 62 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 63 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 64 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 65 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 66 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 67 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 68 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 69 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 70 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 71 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 72 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 73 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 74 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 75 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 76 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 77 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 78 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 79 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 80 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 81 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 82 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 83 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 84 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 85 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 86 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 87 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 88 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 89 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 90 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 91 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 92 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 93 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 94 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 95 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 96 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 97 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 98 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 99 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 100 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 101 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 102 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 103 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein schneller Strafstoß bringt V. f. B. auf die 104 Minuten. Der Toller zieht einen Elfmeter ab. Ein